

Lübecker Volksbote.

Organ für die Interessen der werktätigen Bevölkerung.

Mit der illustrierten Beilage „Die Neue Welt“ und einer wöchentlichen Unterhaltungsbeilage.

Der „Lübecker Volksbote“ erscheint täglich nachmittags (außer an Sonn- und Festtagen) und ist durch die Expedition, Johannisstraße 46, und die Post zu beziehen. — Der Abonnementspreis beträgt vierteljährlich 2.00 Mark, monatlich 70 Pfennig.

Redaktion u. Geschäftsstelle:
Johannisstraße Nr. 46.
Fernsprecher: Nr. 926.

Die Anzeigengebühr beträgt für die fünfgepaltene Petitzeile oder deren Raum 20 Pfg., Versammlungs-, Arbeits- und Wohnungsanzeigen 10 Pfg., auswärtige Anzeigen 30 Pfg. — Inserate für die nächste Nummer müssen bis 9 Uhr vormittags, größere früher, in der Expedition abgegeben werden.

Nr. 35.

Dienstag, den 11. Februar 1913.

20. Jahrg.

Hierzu eine Beilage.

Rüstungsverständigung und Wettläufen.

Es ist noch in aller Erinnerung, daß seinerzeit England Deutschland den Vorschlag gemacht hatte, sich mit ihm über die Marinerrüstungen zu verständigen. Während die Sozialdemokratie diesen Vorschlag, ohne seine Bedeutung irgendwie zu überschätzen, entschieden befürwortete, war es der Reichsfinanzler v. Bethmann-Sollweg, der sich in einer langen Rede geradezu lustig machte über die naiven Optimisten, die sich einbildeten, daß zwischen den im Marinerrüsten miteinander wetteifernden Mächten eine Verständigung zu erzielen sei. Die ganze Weisheit des deutschen Reichsfinanzlers bestand schließlich in dem Sprüchlein: Wer nicht mehr mitkomme, wessen finanzieller Atem zu kurz sei, der müsse eben im sinnlosen Wettläufen auf der Strecke bleiben!

Inzwischen hat sich in Deutschland eine Wandlung vollzogen. Der Staatssekretär v. Tirpitz hat in der Budgetkommission Erklärungen abgegeben, die sich nicht unwesentlich von dem Standpunkt des Herrn v. Bethmann-Sollweg unterscheiden. Offiziös wird darüber u. a. berichtet:

„Der Staatssekretär des Reichsmarineamts, Großadmiral v. Tirpitz, ging auf die Ausführungen des englischen Marineministers vom März vorigen Jahres näher ein, daß ein Verhältnis von 10 : 16 zwischen der deutschen und der englischen Schlachtflotte für die nächsten Jahre akzeptabel sei und vertrat seinerseits den Standpunkt, daß auch er als Leiter seines Ressorts hiergegen keinerlei Bedenken haben würde.“

Der Staatssekretär des Reichsmarineamts ist also mehr der Auffassung, daß tatsächlich eine Verständigung zwischen England und Deutschland über die marinistischen Rüstungen möglich und empfehlenswert ist. Allerdings muß hier bemerkt werden, daß die Verständigung, von der Herr von Tirpitz sprach, keineswegs einen Stillstand auch nur der marinistischen Rüstungschaube bedeutet. Denn das Verhältnis von 10 : 16 würde ja auch dann noch vorhanden sein, wenn England und Deutschland ihre Flottenstärken verdoppelt hätten! Handelt es sich doch nur um ein proportionalverhältnis, aber keineswegs um die Festlegung einer bestimmten Rüstungsstärke. Aber selbst wenn wir annehmen wollten, daß das von Herrn Tirpitz als möglich hingestellte, aber noch keineswegs vereinbarte Übereinkommen die Feststellung des Status quo in dem Sinne bedeuten sollte, daß ein Hinausgehen über die zurzeit erreichten Flottenstärken beider Länder nicht beabsichtigt sei, so würde das noch keineswegs ausschließen, daß nun auf teufelheime Gebiete ein Wettläufen entstände, das in bezug auf Stärke und Qualität der Panzerungen, Größe des Kalibers und Durchschlagskraft der Geschosse jener Wettläufer fortgesetzt werden würde, der den wetteifernden Nationen Deutschland und England bis jetzt so viel Milliarden gekostet hat! Aber wenn das auch nicht der Fall wäre, so müßte doch konstatiert werden, daß zurzeit ein Zustand bei uns in Deutschland erreicht ist, der es als ganz ausgeschlossen erscheinen läßt, daß sich infolge einer solchen Verständigung zwischen England und Deutschland die auf rund eine halbe Milliarde sich belaufenden Marineausgaben vermindern würden! Denn allein die Ersparnisse werden schon in ein paar Jahren den rein automatischen jährlichen Neubau von drei Schlachtschiffen bedingen, dazu den Ersatzbau zahlreicher kleinerer Kampfschiffe!

Nichtsdestoweniger sei hier betont, daß die Sozialdemokratie diesem ersten und noch dazu so unzureichenden Versuch, eine Verständigung zwischen Deutschland und England herbeizuführen, keineswegs abweisend gegenübersteht. So, wir betrachten es wohl mit Recht auch als einen Erfolg des rückwärtslosen proletarischen Drängens, daß sich endlich auch die herrschenden Klassen in England und Deutschland wenigstens zu einem ersten tastenden Versuch des Entgegenkommens und der Verständigung genötigt sehen!

Auf der anderen Seite freilich kann uns nichts fern liegen, als diesen ersten, unter dem Druck schwerer politischer und ökonomischer Notwendigkeiten zustande gekommenen Verständigungsversuch besonders herauszustreichen. Die Dinge liegen doch speziell für Deutschland so, daß in dem Augenblick, wo von der deutschen Regierung unter Zustimmung aller bürgerlichen Parteien neue Rüstungen für den Land- und für den Luftmilitarismus gefordert werden, die sich auf annähernd 150 Millionen Mark jährlich belaufen werden, natürlich keine Mittel vorhanden sind, um auch für den Wassermilitarismus

weitere Kredite zu fordern. Schon die naheliegendste finanzpolitische und militärpolitische Dekonomie bedingt es, daß nicht zu gleicher Zeit alle militaristischen Forderungen bewilligt werden können, die unsere Weltpolitiker erstreben. Schon deshalb liegt es für die Regierung sehr nahe, im Interesse des Ausbaus des Land- und Luftmilitarismus die Forderungen unserer Panzerplattenpatrioten zu vertagen. Ob und wann auch unser Wassermilitarismus wieder einmal den Zeitpunkt gekommen glaubt, um besonders exorbitante Forderungen zu erheben und über alle derzeitigen Verständigungen hinaus seine Ansprüche geltend zu machen, ist eine Frage der Zukunft. Allerdings auch eine Frage, die ganz wesentlich von der Stimmung der Nation selbst abhängt! Die Sozialdemokratie wird in einer solchen Situation natürlich erst recht ihren sicherlich dann nicht leichter in die Wagschale fallenden Einfluß aufbieten, um einen Rückfall in das öde maßlose Wettläufen um jeden Preis zu verhüten!

Außer der Nachricht über das in den Bereich der Möglichkeit gerückte Abkommen über die Marinepolitik sind auch Nachrichten verbreitet, die ein Entgegenkommen Englands gegenüber den deutschen kolonialpolitischen Plänen in Zentralafrika in Aussicht stellen. Insbesondere habe England nichts dagegen, wenn Deutschland in Zentralafrika seine „Interessen“ wahrzunehmen und zum mindesten eine Verkehrsverbindung zwischen seinem west- und ostafrikanischen Kolonialbesitz herzustellen suche. Diese Meldung würde nichts anderes belegen, als daß dem deutschen Volke wahrscheinlich neue erhebliche Ausgaben für seine afrikanischen Kolonien und neue afrikanische Spekulationseisenbahnbauten bevorstünden, daß also unsere Kolonialpolitik erneut erhebliche Forderungen an die Steuerzahler stellen würde, deren wirtschaftliche Vorteile für die Volksgesamtheit mehr als zweifelhaft wäre!

Das Fazit der ganzen diplomatischen Verlautbarungen wäre also kurz in folgende Sätze zusammenzufassen: Eine vorläufige Erhöhung der Marinekosten ist nicht beabsichtigt. Es soll fürs erste bei der runden halben Milliarde jährlicher Ausgaben verbleiben. Dagegen soll der Ausbau des Land- und Luftmilitarismus in um so beschleunigterem Tempo betrieben werden. Die Kosten dafür werden sich bei der dem Reichstag demnächst zugehenden Vorlage auf 120 bis 150 Millionen Mark jährlich belaufen. Außerdem ist es wahrscheinlich, daß auch in nicht zu fern Zeit die Kolonialpolitik erhöhte Ansprüche an den Reichsäckel stellen wird.

Wie diese kolossalen militärischen Neuforderungen gedeckt werden sollen, steht noch dahin. Aber selbst in dem allgünstigsten Falle, daß die besitzlose Klasse vor neuen Belastungen bewahrt bliebe, brächte es die Defizitwirtschaft unseres Reichsetats mit Naturnotwendigkeit mit sich, daß bei einem Nachlassen der wirtschaftlichen Konjunktur entweder die alte uferlose Pumpwirtschaft von neuem mit Hochdruck aufgenommen wird, oder aber daß neue Abdrücke an der nichtbesitzenden Klasse durch neue indirekte Steuern unausbleiblich sind!

Politische Rundschau.

Deutschland.

Die Justizdebatte.

Auch in der gestrigen Sitzung, dem zweiten Tage der Beratung des Justizetats, spielte die Frage der Klassenjustiz entscheidend mit. Die Redner der bürgerlichen Parteien befolgten die übliche Taktik, zwar im einzelnen die Mißstände zuzugeben, die hier vorgetragen worden sind, den Mißstand aber, das allgemeine Uebel, leugnen zu wollen. An sich könnte schon die Tatsache, daß gerade dieses Thema die Debatte beherrschen muß, ein Beweis sein für die Existenz der Klassenjustiz, wenn es nach den maßlosen und unerhörten Erfahrungen, deren Zahl sich gar nicht ermessen läßt, noch eines solchen Beweises bedürfte.

Der Fortschrittler Dr. Blach begann damit, daß er den Vorwurf der Rechtsbeugung zurückwies, und am Schluß der Sitzung sagte der Zenträmmer Bolz etwa dasselbe, indem er seine Abwehr noch mit einigen Worten verschönerte, deren Banalität allerdings nicht die mindeste Beweiskraft hat. Der fortschrittliche Redner wandte sich im übrigen gegen die willkürlichen Entscheidungen über die Eintragungen ins Vereinsregister, eine Anklage, auf die der Staatssekretär mit formalistischen Einwänden reagierte. Der polnische Redner, Herr von Trampszinski, sprach nicht von Klassenjustiz, unterstrich indessen die parteiische Häufung von Beleidigungslagen im öffentlichen Interesse, die nach dem Ruhrstreik erhoben worden sind.

Genosse Landsberg, der als zweiter Redner von unserer Fraktion zu Wort kam, gab sich die Mühe, noch einmal zu erläutern, was wir unter Klassenjustiz verstehen, und die Berechtigung dieses Vorwurfes dokumentarisch und wirklich einwandfrei zu belegen. Er betonte wieder, daß die Anklage durchaus nicht den Sinn der Rechtsbeugung hat, vielmehr den Richtern die Fähigkeit abspricht, sich von den Anschauungen und Vorurteilen ihrer Klasse zu befreien. Allerdings verlangte er aber auch vom Richter, daß gerade er alles tun muß, um seine Vorurteile zu überwinden, und er zitierte das Wort eines alten preußischen Richters, der die gewissenhafte Selbstprüfung gerade gegenüber dem politischen Gegner forderte. Demgegenüber zitierte Genosse Landsberg auch einige Äußerungen von Juristen, und leider nicht der geringsten, die die Klassenjustiz geradezu als eine sittliche Forderung proklamieren. Schon diese allgemeinen Ausführungen hatten in ihrer Gründlichkeit und logischen Klarheit einen großen Eindruck auf das Haus gemacht, das mit Aufmerksamkeit unseren Redner anhörte. Landsberg illustrierte dann seine theoretischen Deduktionen durch eine Reihe frappanter Beispiele, bei denen die dem Klassegegensatz entsprechende Parteilichkeit wirklich nicht bestritten werden kann. Und unter der allgemeinen Zustimmung unserer Fraktion konnte er erklären, daß es ehrenvoller ist, solche Strafen zu empfangen, als sie zu verhängen.

Zu Beginn seiner Rede hatte Landsberg in wirksamen Bemerkungen eine Reihe Einzelfragen der Gesetzgebung und der Rechtspflege erörtert. Er wandte sich vor allem gegen eine Erhöhung der Revisionssumme in Zivilsachen und brachte wirksame Argumente gegen die reaktionären Anregungen vor, die darauf hinausgehen, einmal die Prügelstrafe einzuführen, und zum anderen, unter dem Vorwand der Bekämpfung der Schundliteratur eine neue Lex Heinze zu schaffen.

Heute nimmt die Debatte ihren Fortgang. Als dritter sozialdemokratischer Redner ist Genosse Heine vorgelesen.

Die Fleischnot.

Im Herzogtum Braunschweig mit seiner wohlhabenden Landwirtschaft ist der Viehbestand ganz erheblich zurückgegangen. Bei der letzten Zählung am 2. Dezember 1912 ergab sich gegen das Jahr 1907 eine Herabminderung des Rindviehbestandes um 9458 Stück, von 131 462 auf 122 004, und der Schweine um 20 640, von 243 422 auf 222 782. Das ist ein Rückgang beim Rindvieh um 7,19 und bei den Schweinen um 8,48 %. Dazu ist der Bestand an Schafen um 19 456, von 115 171 auf 95 715 und auch an Ziegen um 3917 zurückgegangen. Die Bevölkerung ist jedoch in ihrer Personenwahl von 489 321 auf 497 691, also um 3870 oder um 1,71 % gewachsen.

Wie groß die Fleischnot ist, erzieht man auch an dem gewaltigen Rückgang des Fleischkonsums in der Stadt Braunschweig. Nach der amtlichen Statistik des städtischen Schlachthofes sind hier in den vier Monaten September bis Dezember 1912 an Rindern 342, an Schweinen 2250, an Kälbern 581, an Schafen und Ziegen 260 und selbst an Pferden 35 weniger geschlachtet worden, als in den für den Fleischmarkt schon schlechten gleichen Monaten des Jahres 1911. In Fleischgewicht umgerechnet, ergibt das einen Minderverbrauch von 475 000 Kilogramm Fleisch. Erhebliche Mengen Fleisch werden aber noch von den Landtschlächtern in die Markthalle und die Stadt eingeführt. Auch diese Zufuhr ist, gering gerechnet, in dem angegebenen Zeitraume um mindestens 1000 Zentner zurückgegangen, so daß der Fleischkonsum in der Stadt Braunschweig in den Monaten September—Dezember gegen die gleichen Monate des Vorjahres um 525 000 Kilogramm zurückgegangen ist.

Angesichts solcher Tatsachen wagen die Junter, zu erklären, es gäbe keinen Fleischmangel!

Konservative Steuergrößen.

Die „Konservative Korrespondenz“ äußert zu dem Artikel der „Kreuz-Zeitung“, der sich gegen die Uebertragung der Stempelsteuern auf das Reich wendet, ihre lebhafteste Befriedigung. Sie fügt hinzu:

„Schon die Verhandlungen des preussischen Abgeordnetenhauses über die Novelle zum Stempelsteuergesetz im Jahre 1910 und manche der dabei von Vertretern der Linken gestellten Anträge hätten gezeigt, daß gerade die Stempelgesetzgebung Raum für aus politischen Gründen gewünschte Maßnahmen bietet. Wenn auch in der Zuschrift an die „Kreuz-Zeitung“ gesagt wird, daß zu dem Thema im Augenblick überhaupt noch nicht endgültig Stellung genommen werden kann, so sind die Gesichtspunkte, die in der Zuschrift hervorgehoben werden, doch bemerkenswert genug, um den Vorschlag einer etwaigen Umwandlung der einzelstaatlichen Stempelsteuer in eine Reichsteuer jedenfalls als ein recht gewagtes Experiment erscheinen zu lassen.“

Die Konservativen fürchten gewiß ihren Herrgott, sie fürchten nicht minder die Sozialdemokratie, am meisten aber fürchten sie Steuern, durch die sie selbst etwa in Mitleidenhaft gezogen werden könnten.

Der Kampf um die Besitzsteuer.

Der Abg. Erzberger nimmt im „Tag“ das Wort, um sich zu dem Vorschlag des Grafen v. Schwerin-Löwiz, die einzelstaatlichen Stempelsteuern dem Reich zu überweisen, zu äußern. Er hält den Gedanken für völlig undisputabel und begründet seine ablehnende Stellung namentlich damit, daß diese Stempelgebühren in den einzelnen Staaten ganz verschieden sind und bei einer Uebernahme durch das Reich wesentlich geändert werden müßten. Während Preußen aus seinen Stempelgebühren eine Einnahme von 65,5 Millionen erzielt, hat Bayern nur eine Einnahme von 60 000 Mark, Württemberg, Baden, Sachsen-Weimar, Mecklenburg-Strelitz, Meiningen und eine Reihe von kleinen Staaten haben entweder gar keine Stempelsteuern oder doch nur sehr minimale Einnahmen aus ihnen. Bei einer reichsgesetzlichen Regelung würde also eine ganz erhebliche Belastung der süddeutschen Staaten eintreten, und es sei ganz ausgeschlossen, daß die süddeutschen Abgeordneten einer derart einseitigen, schweren Belastung ihrer Wähler zustimmen könnten. Ein solcher etwaiger Vorschlag des Bundesrats würde eine steuerliche Mainlinie schlimmster Art schaffen. Herr Erzberger führt dann noch ein Beispiel an. Er bezahle in Württemberg für eine Beglaubigung in Grundbuchachen 50—80 Pfg., die ihm in Berlin nicht weniger als 137 Mark kostet. Außerdem seien lebhafteste Bedenken dagegen zu erheben, die Erbschaftsteuer und die Wertzuwachssteuer den einzelnen Staaten zu erweisen. Der Vorschlag des Grafen Schwerin-Löwiz würde dem Reich eine Mehreinnahme von 90 Millionen Mark im Jahre liefern. Die Gerechtigkeit erfordert aber, daß diese Steuer im Sinne des Antrages Bassermann-Erzberger durch eine allgemeine Besitzsteuer aufgebracht werde.

Freisinnige Wahlrechtsfeinde.

Ein weiterer Beitrag zu den bereits vorhandenen Beweisen, daß der bürgerliche Liberalismus dort, wo er an der Macht ist, das Wahlrecht erkunzt, wird aus Koburg berichtet. Dort wird die Stadtverordnetenversammlung ausschließlich aus Fortschrittlichen und Nationalliberalen gebildet, und der Oberbürgermeister ließ sich im vergangenen Jahr als „wirklich liberaler“ Kandidat gegen den offiziellen nationalliberalen Kandidaten in den Landtag wählen. Bisher war nun das Gemeinwahlrecht — infolge eines Beschlusses der freisinnig-nationalliberalen Stadtverordnetenversammlung — an die Erstattung eines Bürgergeldes von 30 Mk. gebunden. Auf Drängen der Arbeiter und vieler kleinen Bahn- und Postbeamten wurde jedoch vor kurzem das Bürgergeld auf 10 Mk. ermäßigt. Infolgedessen bewarben sich auch viele Arbeiter um das Bürgerrecht. In diesem Zuwachs der Gemeinewähler scheint aber der freisinnigliberalen Verwaltung Koburgs recht wenig zu liegen. Man holte also, um sich des Andranges der Arbeiterwähler zu erwehren, den Paragraph 35 des Gemeinbegabes vom Jahre 1867 herauf, nach dem die Bewilligung des Bürgerrechts auch von dem Nachweis der wirtschaftlichen Existenzsicherheit des Bewerbers abhängig gemacht werden kann. Und zwar — so heißt es in dieser Bestimmung — „müssen auch nach menschlicher Voraussicht die Umstände und Verhältnisse erweisen lassen, daß erwählte Nahrungszweig dem Aufzunehmenden und dessen Familie hinreichenden Unterhalt nachhaltig gewähren müsse.“

Auf Grund dieser vorurteillichen Bestimmung, die den Armen willkürlich seiner politischen Rechte in der Gemeinde beraubt, wurden eine Reihe von Bürgerrechts-Gesuchen, die von Arbeitern ausgingen, zurückgewiesen. Und zwar mit der Begründung, daß „die Betreffenden ein Einkommen von unter 1000 Mark besitzen und demzufolge die genügenden Substanzmittel nicht besitzen.“ An sich mag der Koburger Magistrat recht haben, wenn er meint, ein Einkommen von weniger als 1000 Mark garantiere nicht einen hinreichenden Unterhalt für eine Familie. Aber dann müßte konsequenterweise die Stadverwaltung in erster Linie dafür sorgen, daß die in ihrem Dienste stehenden Familienväter, die jetzt noch ein wünschenswertes Einkommen von 14 bis 18 Mk. haben, zumindest 1000 Mark erhalten. — Ohne diese Konsequenz bleibt die wirtschaftliche Erkenntnis dieser freisinnigliberalen Stadverwaltung lediglich eine sich gegen die Arbeiterklasse richtende Entziehung des Gemeinwahlrechts.

Die Deffnung der Grenzen

verlangt in ihrem Jahresbericht die Fleischereinnahme zu Leipzig. Der Geschäftsgang im Jahre 1912 sei wegen der bestehenden Notlage und den daraus sich ergebenden hohen Fleischpreisen sehr herabgedrückt gewesen. Die verschiedenen Mittel, der bestehenden Notlage zu begegnen, hätten keinen Erfolg gebracht. Auch durch die von den Stadtverwaltungen — so auch von Leipzig — eingeführten Transporte ausländischer Rind- und Schweinefleisches sei es nicht gelungen, die hohen Fleischpreise wieder auf einen normalen Stand zu bringen. Ein wirklicher Erfolg in der Bekämpfung der Fleischnot sei nur dann zu erreichen, wenn sich die Regierung bereit finden ließe, unter Befreiung aller Erhöhungen die Grenzen zu öffnen und lebendes Vieh einzuführen.

Die preußisch-deutsche Jantterregierung wird sich natürlich über diese Forderung nachkommen, selbst wenn sämtliche Fleischereinnahmen zu der Erkenntnis kämen wie die Leipziger. Uebrigens entflammt diese „Erkenntnis“ der Leipziger Fleischereimeister auch nur ihren eigenen Geldbeutelinteresse, nicht etwa einer tieferen sozialen Einsicht.

Korrigierte Verfassungswidrigkeit in Andolsbader.

Die Andolsbader Regierung hatte bekanntlich am 12. Juli 1912 ohne Verlegung des Landtags ein Gesetz zur Erhebung einer schrittweisen Steuerzulage an die Staatsbeamten, Beamten und Lehrer erlassen. Der Landtag, der jetzt nachträglich seine Genehmigung zu diesem Gesetz geben sollte, hat einstimmig abgelehnt, das

Vorgehen der Regierung gutzuheißen. Durch landesherrliche Verordnung ist deshalb jenes Gesetz vom 12. Juli vor. Jahres soeben außer Kraft gesetzt worden.

Der Andolsbader Regierung blieb natürlich nichts anderes übrig, als ihre Verfassungswidrigkeit in dieser Form gut zu machen. Damit aber nun die Beamten und Lehrer nicht unter der Ankerkettung jener Verordnung zu leiden haben, wird die sozialdemokratische Mehrheit des Landtags und vermutlich auch die bürgerliche Minderheit dafür sorgen, daß bei der demnächstigen Revision des Beamtengesetzes eine entsprechende Gehaltserhöhung hineinkommt. Worauf es dem Landtag in erster Linie ankam, war die Gesetzmäßigkeit und die Rechte des Landtags zu wahren, um die Frage der Steuerzulage hat es sich dabei gar nicht gedreht, deren Berechtigung wird wenigstens von sozialdemokratischer Seite durchaus anerkannt.

Das Wohnungswejen im preussischen Abgeordnetenhaus.

Im preussischen Dreiklassenhaus wurde am Montag der Baucat weiterberaten. Der konservative Abg. v. Malchahn richtete gegen den Staatssekretär Delbrück eine neue heftige Anklage. Das Wohnungswejen müsse eine preussische Angelegenheit bleiben, in die man sich nicht hineinreden lassen wolle, denn man wolle seine Freiheit behalten. Die Konservativen hielten an der kaiserlichen Volkshaus von 1881 fest und machten damit bessere Sozialpolitik als „andere Leute!“ — Der nationalliberale Abg. Dr. Köchling stellte sich auf den gleichen Standpunkt. Auch er erklärte die gesetzliche Regelung des Wohnungswejens als eine Landesache und bildete den kostbaren Satz, daß beim Dreiklassenhaus mindestens ebenso viel sozialpolitisches Verständnis zu finden sei, wie bei den Reichsämtern. — Dagegen forderten die fortschrittlichen Redner Kojenow und Lippmann ein Reichswohnungswejen und Rosenom die Übertragung der Wohnungswejen auf die Städte. — Die Debatte drehte sich sonst zumeist um die Frage, ob durch den neuen Großschiffahrtsweg Berlin-Stettin, von dem der Fortschrittler Lippmann übrigens ausführte, daß er eigentlich ein Kleinschiffahrtsweg sei, die englische Kohle auf dem Berliner Markt zum Nachteil der oberschlesischen bevorzugt werden würde. Obgleich das Wasserstraßengesetz von 1905 den oberschlesischen Kohlenbergwerken zusichert, daß eine solche Benachteiligung durch entsprechende Frachtarife verhindert werden solle, kündigte der Verkehrsminister v. Breitenbach an, daß abermals 40 Millionen Mark zur Verbesserung der Schiffahrt auf der oberen Oder angelegt werden sollen. — In der Debatte war auch die Rede von der Errichtung eines eigenen Bauten-Ministeriums; jedoch sprach sich der Minister gegen die Trennung der Kanalverwaltung von der Eisenbahnverwaltung aus.

In der Einzelberatung, die im großen und ganzen weniger allgemeines Interesse bot, sprach der Zentrum Abgeordnete König über die Feuergefährlichkeit der Theater, bei welcher Gelegenheit man von der Regierung erfuhr, daß in dem vor einiger Zeit abgebrannten Theater des Westens in Berlin durch die Unachtsamkeit der Revisionsorgane das Fehlen einer bestimmten Sicherheitsvorkehrung, nämlich einer doppelten Rabitzwand unbemerkt geblieben war. Genosse Hoffmann trat für die Arbeiter der Wasserbauverwaltung ein und kritisierte scharf die völlig grundlosen plötzlichen Entlassungen einiger Duzend Familienväter, die schon seit 5—15 Jahren bei der Wasserbauverwaltung in Swinemünde beschäftigt waren. Er hatte den Erfolg, daß der Unterstaatssekretär an diese Entlassungen garnicht glauben wollte und sie auch nicht billigte. Genosse Hoffmann kam auch noch darauf zurück, daß die fortschrittlichen Redner den Minister mit Erfolg gebeten hätten, den Arbeitern den Beitritt zum Hirsch-Dunkerischen Gewerksverein zu gestatten und er trat dafür ein, daß den Arbeitern ihr Vereinigungsrecht unverkümmert gewährt bleibe, gleichgültig, in welchem Sinne sie es ausüben wollten.

Neue Differenzen zwischen Frankreich und Deutschland in Afrika?

Die „Bojische Zeitung“ brachte folgende Meldung aus Tanger:

„Der jüdisch-marokkanische Raib Celluli, der dem General Brulard seine Unterwerfung anbot, wurde von den Franzosen gefangen und soll nach französischen Nachrichten in Casablanca vor ein Kriegsgericht gestellt werden, da er angeblich seine Beteiligung an den letzten Kämpfen gegen die Franzosen in Süd-Marokko eingestand. Celluli genießt deutschen Schutz wegen seiner den Deutschen während der Agadir-Zwischenfälle geleisteten Dienste. Dennoch heißt es hier, daß die Franzosen ein Todesurteil fällen und ihn erschießen würden. Die hiesigen Deutschen würden dies als eine neue Vergewaltigung deutscher Rechte und einen neuen schweren Schlag gegen das deutsche Ansehen in Marokko empfinden. Sie hoffen daher auf energigere Maßregeln unserer Regierung zur Freilassung Cellulis. Die Befürchtungen, daß dem deutschen Ansehen ein neuer Schlag verfehrt werden könnte, treffen nicht zu. Die Angelegenheit des Raids Celluli bildet unseres Wissens bereits den Gegenstand von Besprechungen zwischen der deutschen und der französischen Regierung und wird hoffentlich in einer für beide Mächte angemessenen Weise zum Abschluß gebracht werden.“

Balkan.

Sehen sich die Türken nach Frieden? Um die Türken scheint es jetzt trotz ihrer Siegesmeldungen nicht allzu gut bestellt zu sein. Der türkische Botschafter hat den Staatssekretär Grey gebeten, eine Initiative der Mächte zugunsten des Friedens herbeizuführen. Auf die Erklärung Greys, daß er hierzu bereit sei, falls die Türkei ein ernstliches Ansuchen stelle, antwortete der türkische Botschafter, er sei nicht angewiesen worden, ein solches Ansuchen auszusprechen, sondern lediglich eine Initiative bei den Mächten anzuregen, deren Sache es sein würde, diese Initiative zu ergreifen oder nicht. Grey bemerkte, daß unter diesen Umständen ein genauer gegängelter türkischer Ansuchen notwendig sei.

Bei den Kämpfen um Santari sind noch Meldungen aus Cerinje 2500 Montenegriner getötet oder verwundet worden.

Aus Lübeck und Nachbargebieten.

Dienstag, 11. Februar.

Die Bürgererschaft trat nach langer Pause gestern abend erstmalig in diesem Jahre zu einer Sitzung zusammen. Die Sitzung wurde aus der Mitte des Vierklassenparlamentes die Rücksichtslosigkeit montiert, die darin liegt, daß man viele Wochen lang keine Bürgerchaftssitzungen abhält, dann wieder in sehr dichter Folge und mit außerordentlich umfangreichen Tagesordnungen. Gestern standen nicht weniger als 24, zum Teil recht wichtige, Senatsanträge zur Beratung. Daß sie nicht alle erledigt werden konnten, lag auf der Hand. Und so kam es denn auch. Nur sieben Vorlagen des Senates wurden erledigt.

Verstärkentlich erörnte aus der Debatte die Klage über unser diesjähriges sehr ungünstiges Budget heraus. Natürlich will man jetzt wieder einmal sparen. Aber wie gewöhnlich am falschen Platze. Der Senat beantragte nämlich die Anstellung eines Gewerbeaufsichtsbeamten im Hauptamt und will zugleich mehrere andere Funktionen, wie Kesselreinigen usw., in die gleiche Hand legen. Wir sind der Meinung, daß sich in Lübeck für einen Gewerbeaufsichtsbeamten bereits ein sehr ausgiebiges und umfangreiches Tätigkeitsfeld befindet, das noch sehr an Ausdehnung gewinnen wird. Aber die Industriellen, die an einer häufigen Beaufsichtigung ihrer Betriebe durch den Gewerbeaufsichtsbeamten sicherlich wenig Freude haben, finden, daß der vom Senat beantragte Beamte gehort werden könne, daß alles gut war, so wie es war. Diese Stellungnahme der Industriellen muß geradezu offenbaren, daß die bestehenden Verhältnisse mit einem wirksamen Gewerbeaufsicht nicht zu vereinigen sind. Daß die finanziellen Opfer, welche der Staat für den neuanzustellenden Gewerbeaufsichtsbeamten bringen wird, nur minimal sind, wurde vom Senatstisch überzeugend nachgewiesen. Unter solchen Umständen sind angebliche Sparmaßnahmen nur ein billiger Vorwand für die Abschaffung eines unbenutzten Beamten. Vom Genossen Löwigt wurde das denn auch nachdrücklich hervorgehoben und betont, daß sich die Bürgerchaftsmehrheit gewöhnlich nur konsequent bleibt, wenn es gilt, die Arbeiterinteressen mit Füßen zu treten. Was kümmert es die Erstklassigen, ob die Arbeiter sich eines angemessenen Schutzes gegen Unfall- oder Betriebsgefahren erfreuen. In anderen Städten werden ja die Unfallverhütungsvorschriften noch weniger beachtet als in Lübeck, meinte Herr Neuner zur Begründung, seines ablehnenden Standpunktes. Man kann nicht behaupten, daß der Lübecker Senat jemals eine mehr als bescheidene Arbeiterfreundlichkeit, wenn er sie einmal zeigte, bewiesen hat; es ist aber sehr bezeichnend, daß in dieser Sache — wenigstens nach der gestrigen Aussprache — die Bürgerchaft noch hinter dem Senat zurücksteht. Was ist ihr die werktätige Bevölkerung! Schließlich wurde die Vorlage auf Antrag des Herrn Thiel an eine Kommission verwiesen.

Eine lange Aussprache zeitigte die Erledigung der Maßfrage für die Freiesche höhere Mädchenschule. Dem Senatsantrage, die Schule auf dem Falkenplatz zu errichten, der jetzt den Kindern der minderbemittelten Bevölkerung als Spielplatz dient, wurde angenommen. Die Sozialdemokraten stimmten dagegen; ebenso auch gegen den Vorschlag der Kommission, die Schule an der unteren Johannisstraße zu errichten. Für sie galt es, die ganze Vorlage im Interesse des lübischen Schulwesens zu Fall zu bringen.

Für die Errichtung einer Kirche in St. Lorenz-Süd, deren Bedürfnis niemand nachwies, versenkte die Bürgerchaft ein wertvolles Staatsgrundstück. Da redete natürlich niemand von denen, die gegen die Anstellung eines Gewerbeaufsichtsbeamten sind, vom Sparen. Unsern ablehnenden Standpunkt vertrat Genosse Böaer.

Kurz vor 11 Uhr vertagte die Bürgerchaft die Fortsetzung der Beratung dieser Tagesordnung auf nächsten Dienstag. Am nächsten Montag sollen in der Hauptliche Kommissionsberichte, in erster Linie — die Nachbewilligung für das Stadttheater betreffend, erledigt werden.

Die Mordtaten, welche bei Rothbeck die Tochter des Gärtners Deitmann vergewaltigten und erchlügen, sind noch immer nicht geklärt worden. Von den bisher verhafteten verdächtigen Personen kommt niemand ernstlich in Betracht. Die Ermittlungen haben ergeben, daß die des Mordes verdächtigen Arbeiter Schenk und Teuteberg als Täter nicht in Frage kommen. Dagegen lenkt sich jetzt der Verdacht auf zwei junge Leute, die am Donnerstag, dem 6. d. Mts., morgens gegen 7 1/2 Uhr in der Moislinger Allee beim Stehlen von Brodbreuten beobachtet worden sind. Bei der Leiche wurde eine der gestohlenen Brodbreuten gefunden. Die Brodbreutendiebe werden wie folgt beschrieben: Der eine ist etwa 19 bis 20 Jahre alt, 170 m groß, hat längliches Gesicht, kleinen Schnurrbart und war bekleidet mit grauem weichem Gut und dunkelgrauem Anzug; der andere ist ebenfalls 19 bis 20 Jahre alt, 1,65 m groß, war bekleidet mit dunklem Jacketanzug und blauer Schirmmütze; nach seinem Anzug zu schließen ist er ein Maschinenarbeiter, Schlosser oder dergl. Bei der Leiche wurde weiter ein Quantum buntfärbige Bußwolle gefunden, wie sie von Leuten, die an einer Drehschmaschine arbeiten, benutzt wird. Der zum Schlagen benutzte dicke Knüppel stammt nach dem Urteil eines Sachverständigen aus einem Gausseebock. Personen, die über die Brodbreutendiebe Auskunft geben können, sowie darüber, woher der Knüppel und die Bußwolle stammen, werden ersucht, sich bei der Kriminal-Polizei zu melden. Auf die Ermittlung der Täter ist eine Belohnung von 1000 Mk. gesetzt worden.

Jahresbericht des Deutschen Bauarbeiterverbandes, Zweigverein Lübeck, für 1912. (Schluß.) Die Zweigvereinsverwaltung kann, wenn auch im Jahre des Friedens, auf eine rege Tätigkeit zurückblicken; sie erledigte die Verwaltungs-geschäfte in 31 engeren und 5 erweiterten Vorstandssitzungen. Der weiteren nahmen Verwaltungsmitglieder an 14 Sitzungen mit den Gewerkschaftsvorständen, Kartell und Gewerkschaftshauskommission teil. Die Korrespondenz gestaltete sich folgendermaßen: Es gingen ein 349 Briefe, Postkarten und Drucksachen, 7 Postanweisungen, 3 Telegramme, 426 Pakete, 71 Kreuzbandsendungen, Ausgefertigt und abgehandelt wurden 465 Briefe und Postkarten, 16 sonstige Schriftstücke, 221 Pakete, 658 Kreuzbandsendungen, 16 Postscheds und Postanweisungen. Unterstützungs-gesuche gingen 17 ein, davon wurden 15 bewilligt. Die Jahreseinnahme der Hauptkasse betrug 29 007,45 Mk. Ausgabe der Hauptkasse: abgehandelt an die Zentralkasse 16 777,70 Mk., Streitunterstützung 192,70 Mk., Reiseunterstützung an Streitende 6 Mk., Reiseunterstützung im Winter 189 Mk., Gesandregeltenunterstützung 134,25 Mk., Kranenunterstützung 3836,30 Mk., Sterbenunterstützung 787,50 Mk., Anteil der Lokalkasse an den Beiträgen 5422,57 Mk.; Gesamtausgabe 27 346,02 Mk.; verbleibt ein Kassenbestand am Quartalschluß von 1661,43 Mk. Die Lokalkasse hatte eine Gesamteinnahme von 11 288,04 Mk. Ausgaben der Lokalkasse: für Kalender, Futterale und sonstige Schriften 72,50 Mk., Kartell und Sekretariat 1002,10 Mk., Wagenregelungsunterstützung 29 Mk., Ortsunterstützung und an reisende Kollegen 800,70 Mk., Bibliothek 97,61 Mk., Agitation 92,30 Mk., Delegation zu Konferenzen 106,15 Mk., Statistikaufnahme 106 Mk., Eßung und Kränze für verstorbene Mitglieder 119 Mk., persönliche Verwaltungs-

ausgaben an den Vorstehenden und Kassierer, Sitzungsgelder, Revisionen, Versicherung und sonstige persönliche Ausgaben, 254,07 Mk. Sachliche Verwaltungsausgaben: Miete, Feuerung, Reinigung, Beleuchtung, Utensilien, Porto und Bestellgeld, Schreibmaterialien, Kolportage des „Grundstein“ und Einziehung der Beiträge, Verlagsanfragen, Anzeigen, Druckkosten und sonstige Ausgaben 3783,14 Mk., verschiedene 272,47 Mk., Gesamtausgabe 9015,04 Mk.; verbleibt demnach am Schlusse des Jahres ein Kassenbestand von 2273 Mk.; davon in den Zahlstellen Herrnhurg 59,86 Mk., Moiskling 9,75 Mk., Fadenburg 46,19 Mk., Travemünde 85,06 Mk., Schlutup 88,86 Mk. Die gesamten Einnahmen der Haupt- und Nebenkassen betragen nach Abzug der Kassenbestände usw. 33 918,49 Mk. Die durchschnittliche Mitgliederzahl betrug nach Abzug von 38 nichtzahlenden Mitgliedern 1030, die Durchschnittsleistung war demnach pro Kopf 32,93 Mk. Der Markenumsatz, ebenfalls durchschnittlich gerechnet, 38,8. Die Ortsunterstützung hat gegen das Vorjahr um über 300 Mk. zugenommen. Es ist das darauf zurückzuführen, daß wir eine Anzahl langjähriger Mitglieder hatten, welche ein Jahr und länger krank waren. Um nun diese Kollegen vor der bittersten Not zu schützen, hat die Organisation mehrmals zugegriffen. Um die Auszahlung dieser Unterstühtungen zu ermöglichen, wurde einmütig beschlossen, in den Monaten Oktober und November 1 Mk. Extrabeitrag zu zahlen.

Wenn wir nun noch einen kurzen Rückblick auf unser Arbeitsverhältnis werfen, so können wir konstatieren, daß, abgesehen von einigen kleinsten Differenzen, der Tarif von beiden Seiten ziemlich innegehalten worden ist. Die Differenzen betrafen hauptsächlich die Innehaltung der tariflichen Mittagspause und die Arbeitszeit in der kürzeren Jahreszeit, es soll hierbei aber auch ausgesprochen werden, daß vielfach die Kollegen selbst schuld daran sind und nicht die nötige Rücksichtlosigkeit der Unternehmern oder Politiker gegenüber besitzen. Aber auch weiter wollen wir darauf hinweisen, daß bei den demnächst stattfindenden Tarifverhandlungen eine andere Einteilung der Arbeitszeit erstrebt werden muß, weil das Arbeitsgebiet in den letzten 10 Jahren ein ganz anderes geworden ist. Auch können einige Unternehmer sich noch immer nicht daran gewöhnen, daß bei Ausschachtungsarbeiten Bauhilfsarbeiterlöhne gezahlt werden müssen; sie müßten immer erst daran erinnert werden, daß auch diese Arbeiten vertraglich geregelt sind. Auf den Betonbauten scheint man auch endlich zur Einsicht gekommen zu sein, wenigstens ist gegenüber dem Vorjahr (betrreffend die Überstundenarbeit) eine Besserung eingetreten. Man kann auch nicht mehr damit rechnen, daß eine geregelte Arbeitszeit auf den Betonbauten nicht durchzuführen sei, denn der Beweis ist bei dem größten Betonbau, welcher in Lübeck bisher aufgeführt ist, erbracht. Es geht, wenn nur der gute Wille vorhanden ist. Auch haben in diesem Jahre mehrere Verhandlungen mit den Terrazzo-Firmen zwecks Aufbesserung der Löhne und Beseitigung mehrerer Mängel stattgefunden. In den ersten Verhandlungen erzielten wir auch einen für die Kollegen günstigen Abschluß; es sollte aber nochmals eine Verhandlung stattfinden zwecks Regelung kleiner Streitfragen und gegenseitiger Unterzeichnung. Inzwischen waren aber andere Mächte an der Arbeit gewesen, um unseren Abschluß illusorisch zu machen. Zu dieser Verhandlung war nämlich der Vorsitzende des Arbeitgeberverbandes, Sektion Kiel, und der Sekretär des Arbeitgeberverbandes für das Baugewerbe, ebenfalls aus Kiel, erschienen. Man wollte uns nun ein Vertragsmuster aufhellen, ähnlich wie im Baugewerbe; dieses lehnten wir ab und somit scheiterten die ganzen Verhandlungen. Die Unternehmer im lauenburgischen Gebiet können sich auch nicht daran gewöhnen, wenn sie Arbeiter in Lübecker Staatsgebiet ausführen, auch die für Lübeck tariflichen Löhne zu zahlen. Es mußte wiederholt eingegriffen werden. Zum Beispiel der Unternehmer Blös zahlte 50 Pfg. statt 62 Pfg. pro Stunde, bequeme sich aber durch schriftliche Anerkennung den Lohn zu zahlen. Der Unternehmer Haupt (Seezug) weigert sich bisher noch, den Lohn zu zahlen; Verhandlungen, die mit Haupt geführt wurden, zeigten kein Resultat. Wir werden deshalb baldigt Veranlassung nehmen, wenn Arbeiter in unserem Lohngebiet ausgeführt werden, den Tarif mit anderen Mitteln zur Durchführung zu bringen. Sperren hatten wir im Rahmen unserer Organisation eine zu verzeichnen; über die Postfirma Haacke aus Celle mit sechs Kollegen; nach einigen Tagen bequeme sich die Firma, einen für uns günstigen Tarif abzuschließen. An anderen streikführenden Organisationen (Lithographen und Steindruck, Gärtnerverband) waren 3 Kollegen beteiligt. Bei sonstigen kleinen Differenzen mußte 2mal eingegriffen werden; es handelte sich hauptsächlich um Überarbeit, Arbeitszeitverlängerung, Lohnzahlung und Maßregelung. Wenn wir nun zum Schlusse kurz resümieren, daß innerhalb unserer Organisation die alte Kraft und Entschlossenheit vorhanden ist, wenn auch wohl infolge der nunmehr schon seit Jahren hier am Orte anhaltenden Arbeitslosigkeit, sich verschiedentlich eine gedrückte Stimmung bemerkbar machte, weil so mancher Kollege von Not und Sorge heimgesucht wurde. Auch hat die heutige privatkapitalistische Gesellschaft in dieser Zeit der Vertragsperiode sich an deutschen Volke sehr schwer veründigt. Alles zum Lebensunterhalt Notwendige ist außerordentlich in Preise gestiegen, so daß eine Unterernährung speziell der arbeitenden Bevölkerung unausbleiblich ist. Gar mancher wird sich jetzt die Frage vorlegen: wie wird es zum nächsten Frühjahr? Müßen wir wiederum dem Kapitalismus eine Verbesserung unserer Lebenslage in wachen und monatelangen Ringen abtrotzen? Beinahe scheint es so. Nun gut, die gesamte Bauarbeiterchaft ist gerüstet und wenn es sein muß bereit, den Kampf zu wagen. Deshalb, Kollegen, beachtet die kurze Spanne Zeit, wenn noch Träge und Saumläuger unter uns sein sollten, dieselben aufzuklären, aufzukommen, so daß wir am 1. April in geschlossener Phalanx dem Unternehmertum gegenüberstehen.

Die Lübecker Straßenbahn hat verschiedene kleine Änderungen ihres Fahrplans vorgenommen. Unsere Leser können dieselben aus dem Inserat in der heutigen Nummer des „Volksboten“ erkennen.

Der vierte Teilbetrag der Einkommensteuer für das Jahr 1913 ist von den Steuerpflichtigen, die im Besitze eines Steuerzettels für die Vorstädte St. Jürgen und St. Petrus, der Landbezirke und Travemünde sind, in der Zeit vom 11. bis 20. Februar d. J. bei Vermeidung des Zuschlags der gesetzlichen Gebühr zu entrichten.

Wer ist der Fahrraddieb? Am 10. ds. Mts. wurde in Schlutup ein Fahrraddieb angehalten und festgenommen. Der Festgenommene will das ihm abgenommene alte neue Rad am Sonntag, dem 9. ds. Mts., abends 10 1/2 Uhr in Grevesmühlen i. M. gestohlen haben. Der unbekannte Eigentümer wird ersucht, sich im Bureau der Kriminalpolizei zu melden.

Gestohlene Uhr. Aus einem an der Brandenburger Chaussee belegenen Hause ist am 10. ds. Mts. eine überne Remontoiruhr mit Goldrand und der Fabriknummer 661 abhanden gekommen und vermutlich gestohlen worden. Der Tat verdächtig ist ein 15 Jahre alter Arbeiter mit blauer Hose und abgetragener grüner Jacke.

Neues Stadttheater. Uns wird geschrieben: In der Götterdämmerung-Aufführung am Donnerstag wird Herr Carl Giesen von den Vereinigten Stadttheatern in Köln den Dagen singen. Auf die diesjährige Ausführung der reizvollen Komödie „Die Sprache der Vögel“ von Adolf Paul sei besonders hingewiesen. Für Sonntag, den 16. Febr. steht die

überaus lustige Posse „Bummelstunden“ auf dem Spielplan. Das Werk, das durch seine burlesken, echt possenhafte Handlung und seinen so reizvollen Musikeinlagen von Breidtschneider und Bogumil Zeppler fröhlichster Karnevalsstimmung entgegenkommt, wird zurzeit mit großem Beifall von den meisten deutschen Bühnen gegeben.

h. Kensefeld. Steuerangelegenheit. Bei Beginn des neuen Jahres, wenn die Steuerzettel verteilt werden, bemächtigt sich manchen Arbeiters eine Aufgereiztheit. Die Glückwunschzettel bringen des öfteren eine Veränderung in der Veranlagung, und wenn sie zuungunsten des Steuerzahlers ausfällt, haben die Arbeitervertreter den ganzen Brei verfalzen. Es soll nun in erster Linie darauf hingewiesen werden, daß der Gemeinderat mit der Steuereinschätzung nicht das geringste zu tun hat. Von ihm wird der Prozentfuß festgestellt, damit Einnahmen und Ausgaben sich decken. Der Satz für 1913 200 Proz. zur Einkommensteuer steht mit dem vorjährigen gleich. Eine Erhöhung ist nur eingetreten für Grundbesitzer um 20 Proz. der Grund- und Gebäudesteuer. Der Gemeinderat bestimmt aber die Mitglieder der Steuerkommission, denen zurzeit nur zwei Arbeiter, die nicht Mitglieder des Gemeinderats sind, angehören. Wieviel diese auf die Agrarier einwirken können, dürfte jeder selbst ermessen. Zu erwarten ist aber, daß unsere Genossen im Gemeinderat dafür sorgen, daß in den Steuerausgleich mehr Arbeiter einziehen, damit die Agrarier nicht wieder Anträge wie im verflochtenen Jahre durchbringen, die ihnen eine Verbesserung im Steuerjahre bringen. Die Veränderung bzw. Erhöhung der Steuer entsteht dadurch, daß sich die Herren in der Einschätzungskommission Lohnlisten der Arbeiter einfordern, die genau den Jahresverdienst aufweisen. Um aber einer ungerechten Erhöhung zu begegnen, wäre zu empfehlen, daß die Einkommensteuerlisten eingesehen werden; denn gerade hieran wird die Gemeindesteuer berechnet. Die Zeit des Offenliegens ist stets im „Lübecker Volksboten“ bekannt gegeben. Darum, Kensefelder, auf zum Abonnement des genannten Blattes!

Hamburg. Aus der Bürgerschaft. In der letzten Sitzung wurde bei der Budgetberatung von verschiedenen Rednern, auch vom Genossen Stolten, scharf kritisiert, daß in den Zwangssinnungen ungenügendste Wahltagitation betrieben wurde. Von den übrigen Beratungsgegenständen ist besonders erwähnenswert, daß Genosse Gense die wirklich reformbedürftigen Verhältnisse im Abfuhrwesen einmal zur Sprache brachte und auf die miserablen Lohn- und Arbeitsverhältnisse beim Stadtparkbau hinwies. Der Stundenlohn, der dort gezahlt wird, ist für Hamburg zu beschämend, daß selbst ein sonst wenig sozial empfindender bürgerlicher Redner ihn als zu niedrig bezeichnete. Vom Senatstisch, an dem drei Kommisars saßen, wurde kein Versuch unternommen, den Hamburger Staat von dem Vorwurf, daß er seinen neuen Stadtpark für Hungerlöhne herzustellen läßt, zu reinigen.

Wilhelmshaven. Weil sich die Fälle von tätlichen Angriffs auf Vorgesetzte häufen, erhöhte am Sonnabend das Oberkriegsgericht der Nordsee-Station in Wilhelmshaven in zwei Berufungssachen die Strafen erster Instanz ganz bedeutend. In beiden Fällen waren die Angeklagten, nachdem sie sich am Vorgesetzten vergriffen hatten, geflohen. Der Matrose Altrogge war in erster Instanz zu 1 Jahr 6 Monaten Gefängnis, der Matrose Braha zu 1 Jahr 3 Monaten Gefängnis verurteilt worden. Die Strafe des ersteren wurde auf 3 Jahre 2 Monate, die des letzteren auf 2 Jahre 6 Monate Gefängnis erhöht und für beide Verurteilung in die zweite Klasse des Soldatenstandes ausgesprochen. Auf die Ursachen solcher Vergehen scheint man umso weniger Rücksicht nehmen zu wollen.

Standesamtliche Nachrichten vom 2. bis 8. Februar 1913.

Geburten.

- a) Knaben: Name und Beruf des Vaters.
31. Januar. Oberlehrer W. F. H. Tretow. Rutscher F. M. W. Johanson. Arbeiter F. C. Wagner. Gärtner H. C. Chr. Strund.
1. Februar. Bankvorstandsmitglied K. W. Hirschfeld. Handlungsgehilfe G. A. H. Bug. Lagermeister D. D. F. Kolf. Arbeiter J. A. Th. Ködger. Kürschner A. Well.
2. Maurer C. W. H. F. Reuhfeld. 3. Arbeiter F. J. Chr. Levenmann. 4. Arbeiter F. M. H. Schönberg. Arbeiter G. C. M. Thürsam. Tischler J. H. Chr. Kies. Kaufmann J. H. A. Ringel. Schmiedemeister H. J. F. Otte. Fruchthändler F. W. Ohlsen. 5. Bureauhilfe H. W. Sonnenberg. Verkäufer F. W. Lüthje. 7. Arbeiter C. F. Sommer. 8. Arbeiter G. C. Hanson.

- b) Mädchen: Name und Beruf des Vaters.
27. Januar. Rutscher F. J. H. Schott. 29. Arbeiter J. A. F. Kump. 31. Kaufmann M. Moses. Gärtner G. H. K. Rohmeyer.
3. Februar. Träger C. F. W. Fey. Arbeiter W. F. A. Dabbert. 4. Steinseher A. W. J. Chr. Engel. Lehrer H. H. J. Wolf. Gärtner H. L. H. Meyer (Krempelsdorf). 5. Fuhrmann L. H. Scharenberg. 6. Arbeiter R. H. Hoffmann. Arbeiter C. W. H. Bernbeck.

Ungeordnete Aufrufe.

5. Februar: Kaufmann G. J. H. Lehmann in Schönberg i. M. und L. B. W. Kieselring in Krogaspe. Schlossergeselle H. J. F. Köller und A. H. F. Saksie. 6. Kaufmann A. Adlerstein in Hannover und L. Eisen. 7. Kommissar H. G. Siehoff und G. M. W. Vuhmann, beide in Hamburg. Kaufmann L. Krämer und R. A. Kaumann in Husby. Eisenbahnwagenschieber G. R. H. Behne und Chr. M. H. L. Jaack. 8. Lechniker R. A. Chr. Jäger und M. M. F. Sic. Arbeiter F. H. J. Wehr und B. L. S. W. Leonhard.

Geschickungen.

4. Februar: Friseur B. G. F. Bieninda und A. J. W. B. Schlanert. 5. Dreher H. F. J. Chr. Schlichting und A. Winterberg. Arbeiter B. R. Stübner und F. M. H. Jaack. 7. Kellner C. A. R. Engel und M. F. M. Kardel in Wasbud. Schiffer F. G. R. Sandte in Eickberg und R. Karajan. 8. Schlossergeselle A. H. Gravenhorst in Hannover-Linden und G. H. F. Bunzler. Sargträger J. H. F. Brüggemann und Witwe F. J. W. Köster geb. Schröder. Tischlergeselle R. M. F. Hamel und R. A. Neumann. Arbeiter G. C. M. R. Roggmann und Witwe L. D. M. S. Haack geb. Saks. Arbeiter W. F. L. Krüner und die geschiedene J. J. D. Johannien geb. Ahrens. Bankvorstandsmitglied J. R. D. Pottling und R. Chr. W. Havemann in Strecknig.

Sterbefälle.

31. Januar. Kormer J. Mucha, 19 J. (Schlutup.)
1. Februar. W. R. geb. Schulz, Witwe der Arbeiters G. H. Ehlers, 70 J. (Schlutup.). D. L. Claus, 2 J. M. H. geb. Lumburg genannt Köhr, Witwe des Schneiders G. J. W. M. Wolf, vorher verwitwete Führhaad, 68 J. C. E. F. Schulz, 54 J. 2. M. H. W. Ademann, 5 Mt. Arbeiter J. F. C. Steding, 78 J. Maurer A. J. Steinf, 45 J. (Schlutup.). 3. M. D. W. geb. Stoffert, Witwe des Rentiers H. A. Würger, 83 J. Ein totgeb. Knabe, B.:

- Tischlergeselle W. Wendler (Bad Oldesloe). C. M. H. geb. Schwarz, Witwe des Arbeiters J. J. F. Schütt, 74 J. Ein totgeb. Mädchen, B.: Hallenauffeher am Schlachthof J. H. H. Ritter. 4. Kaufmann H. J. Mecklenburg, 71 J. Maurer J. W. H. Beterien, 73 J. F. G. Stühr, 1 J. 5. Chr. J. M. geb. Viek, Ehefrau des Leuten a. D. H. J. Schmitt, 78 J. W. R. H. Martin, 5 Mt. Arbeiter J. H. J. Koner, 58 J. Kaufmann J. H. W. Rohde, 72 J. Lehrerin C. D. J. M. C. Ripe, 45 J. H. C. W. Krebs, 5 Mt. Zimmermann C. F. Sturm, 72 J. Handlungsgehilfe J. H. A. Scherling, 63 J. 6. J. D. H. geb. Garbrinck, Witwe des Hauptlehrers J. H. C. Ahlers, 85 J. W. M. M. geb. Baack, Ehefrau des Privatmanns J. W. Hübner, 63 J. Handl. mann W. Chr. Maub, 77 J. 7. H. R. O. Meyer, 2 Mt. Ein totgeb. Mädchen, B.: Schlosser H. J. F. Whittp. M. C. geb. Baumann, Ehefrau des Schuhmachers R. J. A. Schomader, 83 J. W. R. W. A. Görendt, 10 Mt. Kaufmann G. F. Chr. Bremer, 40 J. Kaufmann C. M. Delfs, 28 J. M. R. geb. Bartels, Ehefrau des Kaufmanns C. M. Delfs, 27 J. G. W. J. Delfs, 4 1/2 J. M. A. J. Delfs, 2 1/2 J. Kontoristin J. F. Bayer, 27 J. W. Chr. C. A. Beterien, 20 J. 8. Handlungsreisender C. P. E. Walfart, 38 J. Handlungsreisender C. C. Köstg, 47 J. Chr. M. C. geb. Schwarz, Witwe des Arbeiters F. J. D. Kolze, 73 J.

Theater und Musik.

Neues Stadttheater. „Siegfried“, der zweite Tag aus Wagners Musikdrama „Der Ring des Nibelungen“ gelangte gestern mit Jorchhammer aus Wiesbaden in der Titelpartie zur Aufführung. Dieser Künstler, der vor mehr als 17 Jahren in Lübeck seine Bühnenlaufbahn begann und jetzt einer der glänzendsten Vertreter der Wagnerischen Helden-gestalten ist, schuf einen Jung-Siegfried von blühender Jugendkraft und frischen Lebens. Nichts war da gekünstelt und unecht. Und wie in der Darstellung, so fand auch in dem Gesang jede innere Regung fesselnden und innigen Ausdruck. Das wohlklingende und umfangreiche Organ Jorchhammers war der Riesenspartie durchaus gewachsen. Als Brünnhilde bewies Frau Kruse-Tiburtius, das sie derartigen hochdramatischen Aufgaben bereits gewachsen ist. Herr de Garra hat sich von seiner Indisposition bereits soweit erholt, daß er gestern den Wanderer mit gewohntem sonoren Organ singen konnte. Eine vortreffliche Leistung, die reich an charakteristischen Zügen war, bot Herr Schorn als Mime. Die übrigen Mitwirkenden, die zu hören wir verhindert waren, sollen ebenfalls sehr annehmbare Leistungen geboten haben. Die sorgfältige Regie des Herrn Meyer und die ausgezeichnete musikalische Leitung, welche Kapellmeister Pfeiffer in Händen hatte, dazu die von hohem Können zeugende Leistung des Orchesters sicherten dem grandiosen Werk einen nachhaltigen Eindruck. Am Schlusse wurde besonders Jorchhammer durch nicht endenwollenden Beifall ausgezeichnet. P. L.

Oldenburger Landtag.

h. Die von Weihnachten andauernden Ferien der Abgeordneten sind vorüber. Am Montag, dem 10. Februar trat der Landtag zur Plenarsitzung zusammen. Zur Tagesordnung standen an wichtigen Sachen die Petition des Jagdschützenvereins auf Änderung des Jagdgesetzes und der Gesekentwurf über die ärztliche Ueberwachung der Schulkinder für das Herzogtum Oldenburg. Hierzu hatte die sozialdemokratische Fraktion durch den Abg. Heitmann einen Antrag eingebracht, wonach die Regierung ersucht wird, den vom Provinzialrat abgelehnten Entwurf für das Fürstentum Lübeck nach der gegenwärtigen Landtagssitzung vorzulegen. Der Provinzialrat hat nämlich seinerzeit beschlossen, von der ärztlichen Untersuchung der Schulkinder abzusehen, weil dadurch Erkrankungen der Kinder festgestellt und so die Eltern beunruhigt werden könnten. Sonderbarerweise beabsichtigt die Regierung infolge des mehr als kuriosen Provinzialratsbeschlusses, erst die Wirkung des Gesetzes für Birkenfeld und Oldenburg abzuwarten und erst dann nach den gesammelten Erfahrungen ein solches für Lübeck einzubringen. Obwohl die Tagesordnung kaum wichtiges enthielt, zog sich die Debatte über die minder wichtigen Dinge so lange hin, daß der Punkt über die ärztliche Ueberwachung der Schulkinder abgelehnt werden mußte. — Eine Petition des „sozialen Ausschusses“, einer Körperschaft „christlich-nationaler“ Arbeiter, über Einführung vierteljährlicher Steuererhebung war vom Finanzausschuß unter Zustimmung unserer Genossen durch Uebergang zur Tagesordnung erledigt. Der Agrarier Müller-Nußhorn und der Zentrumsmann Dr. Driver erndeten bei dieser Frage ihr soziales Herz für die Arbeiter und plädierten unter heftigen Vorwürfen gegen die Sozialdemokratie für „Prüfung“ der Petition. Das heuchlerische Gebaren dieser sonderbar sozial fühlenden Herren wurde ihnen genügend unter die Nase gehalten mit dem Hinweis auf die Lebensmittelpreiserhöhung und das Verhalten der Leuten bei der Vermögenssteuer, welche letztere von ihnen abgelehnt wurde. — Die Petition des Jagdschützenvereins hatte zum Ziel, die Verpachtung der Jagd bauernschaftsweise einzuführen, wenn die Mehrheit der Grundbesitzer dies beschließt unter Abstimmlung nach Heftargrößen. Diese „demokratische Selbstverwaltung“ fand bei der sozialdemokratischen Fraktion keine Gegenliebe, die befürchtete, daß die passionierten Jäger zur Segung des Wildes schreiten und so der Nutzen für den Landwirt geringer ist, als der Schaden durch Wild. Die Anträge, welche sich in der Richtung der Verpachtung der Jagd bewegen, wurden mit einer kleinen Mehrheit angenommen. — Ein Gesekentwurf gibt der Schleswig-Holsteinischen Brandkasse das Recht der Beitreibung rückständiger Prämiengeelder. Diese Brandkasse hat für das Fürstentum Lübeck die Schadensregulierung übernommen. Ein Beitrittszwang für die Hausbesitzer besteht nicht. Das Gesek, für welches Abg. Bull Berichterstatter ist, wird einstimmig angenommen.

Gewerkschaftsbewegung.

Abgelehnt. Die Aeltesten der Kaufmannschaft von Berlin beschäftigten sich in ihrer letzten Sitzung mit der von den Scharfmacher-Industriellen veranlaßten Frage des Deutschen Handelstages, ob nach den hier gemachten Erfahrungen der Schutz der Arbeitswilligen bei Streikverhältnissen sei und ob das auf das Festhalten der gesetzlichen Bestimmungen oder auf die ungenügende Abhängung der vorhandenen Bestimmungen zurückzuführen sei. Die Aeltesten der Kaufmannschaft sprachen aus, bei richtiger Anwendung der bestehenden gesetzlichen Bestimmungen müßten die jetztigen Vorschriften genügen. Ein gerichtliches Verbot des Streikpostensnehmens glauben sie nicht ercraten zu sollen, da der Begriff des Streikpostensnehmens juristisch schwer zu erfassen ist und eine Belästigung der Arbeitswilligen durch viele andere Mittel (Bedrohung in der Wohnung usw.) sogar in noch höherem Maße stattfinden kann.

Verantwortlich für die Rubrik „Lübeck und Nachbargebiete“ und die mit P. L. gezeichneten Artikel: Paul Löwig, für den gesamten übrigen Inhalt: Johannes Stelling, Verleger: T. H. Schwarz, Druck: Friedrich Meyer & Co. Sämtlich in Lübeck.

Sonder-Angebot in Steingut und Pressglas

zu außergewöhnlich niedrigen Preisen.

Solange Vorrat reicht. **In dieser Woche** Auf Extra-Tischen ausgelegt.

Steingutwaren

Speiseteller gerippt, weiß, tief und flach 10[⁄]₃
Abendbrotteller gerippt weiß 9[⁄]₃
Suppenterrinen mit Deckel glatt, weiß, 2³/₄ Liter Inhalt 1.15[⁄]
Saucières dekoriert verschied. Muster 25[⁄]₃
Beischüsseln weiß, groß Salz = 6 Stk. 90[⁄]₃
Salatschüsseln geschweift, weiß, 40, 35, 28, 22 u. 16[⁄]₃
Schneidebretter weiß 18[⁄]₃
Kaffeetassen mit Untertass. weiß, mittelgr. 14[⁄]₃
Milchtöpfe konische Form weiß, 1 Ltr. Inh. 40[⁄]₃
Milchtöpfe blau, Zwiebelmstr. 1 Ltr. Inhalt 50[⁄]₃
Milchtöpfe blau, Zwiebelmstr. 1/2 Ltr. Inhalt 33[⁄]₃

Waschgarnitur 5teilig, „Hansa“ neu 4.25
Waschgarnitur 5teilig, „Rhenus“, neu 3.25
Waschbecken dekoriert, 31¹/₂ bis 38 cm Durchmesser 30 40 50 60 70[⁄]₃
Waschbecken elfenbein, 33 bis 37 cm Durchmesser 50 60 70[⁄]₃
Nachtgeschirre weiß, geschweift, mittlere Größe 25[⁄]₃
Nachtgeschirre elfenbein, groß und mittel 35 25[⁄]₃
Nachtgeschirre dekoriert, groß und mittel 40 30[⁄]₃
Palmenkübel 55[⁄]₃ groß 65[⁄]₃ rund
Heringskasten neu, m. farb. Fisch 95[⁄]₃

Glaswaren

Schalengarnitur „Hamburg“
Kompott- u. Salatschalen

rund	23	20	16	13	10 cm
regulär	110	75	45	30	20 [⁄] ₃
jetzt	75	55	30	20	13 [⁄] ₃

Kompotteller 14 cm, regul. Wert 20[⁄]₃ . . jetzt 13[⁄]₃
Kuchenteller 28 cm, regul. Wert 85[⁄]₃ . . jetzt 60[⁄]₃
Zuckerschalen groß, regul. Wert 85[⁄]₃ . . jetzt 20[⁄]₃
Butterglocken regul. 75[⁄]₃ . . jetzt 50[⁄]₃
Käseglocken regul. 1.45 M. . . jetzt 95[⁄]₃
Kompotteller „Imperial“ Preßkristall, regul. 22[⁄]₃ . . jetzt 15[⁄]₃
Kuchenteller versch. Must. 20—22 cm, regul. 80[⁄]₃ . . jetzt 15[⁄]₃
Butterdosen mit Deckel regul. 45[⁄]₃ jetzt 25[⁄]₃

Schalengarnitur „Royal“
Kompott- u. Salatschalen

rund:	22	12	10 ¹ / ₂ cm
regulär	135	40	23 [⁄] ₃
jetzt	95	20	15 [⁄] ₃
oval:	25	15	13 cm
regulär	135	45	30 [⁄] ₃
jetzt	85	30	18 [⁄] ₃
viereckig:	16	13 ¹ / ₂	11 cm
regulär	65	42	30 [⁄] ₃
jetzt	35	25	15 [⁄] ₃

Salatschalen Olivenmuster 23 cm, rund, reg. 55[⁄]₃ jetzt 35[⁄]₃
Obstschalen Olivenmuster rund, flach, 28 cm, reg. 90[⁄]₃ jetzt 50[⁄]₃
Kompottschalen Olivenmuster oval, reg. Wert 22 18 15[⁄]₃ jetzt 15 12 10[⁄]₃
Zuckerteller regulär 15[⁄]₃ jetzt 8[⁄]₃
Honigdosen regulär 65[⁄]₃ jetzt 35[⁄]₃
Zuckerschalen regul. 75[⁄]₃ jetzt 40[⁄]₃

Rudolph Karstadt

Deutscher Holzarbeiter-Verband

Zahlstelle Lübeck.

Mitglieder-Versammlung

am Mittwoch, dem 12. Februar

abends 8¹/₂ Uhr

im Gewerkschaftshaus, Johannisstraße 50-52 (großer Saal).

Tagesordnung:

Die Verhandlungen in Berlin u. Abstimmung über die gefällten Schiedsprüche.

NB. Mitgliedsbücher legitimieren.

Die Ortsverwaltung.

Lübecker Straßenbahn.

Auf der Linie 7 Bahnhof—Friedrichsdorf und 14 Kirchhalla—Kücknis

treten am Dienstag, dem 11. Februar d. J., folgende Fahrplanveränderungen ein:

1. Es wird ein Schülerwagen eingelegt, welcher zwischen Kücknis und dem Geibelplatz direkt verkehrt:

ab Kücknis 7 Uhr 20 Minuten morgens
 Kirchhalla 7 . . . 35
 an Geibelplatz 7 . . . 52

2. Abfahrt der Spätwagen.

Richtung: Süder—Kücknis	Richtung: Kücknis—Süder
ab Kirchhalla 11.00 Uhr	ab Kücknis 11.40 Uhr
„ Geibelplatz 11.07	„ Kirchhalla 9.25 10.15 11.54
„ Bahnhof 9.57 11.10	„ Süder 9.55 10.26 12.06
„ Kirchhalla 10.04 11.17	„ Geibelplatz 10.33
„ Kirchhalla 10.15 11.25	„ Stadthaus 10.36
„ Kücknis 11.40	„ Stadthaus 10.43

*) Der vom Kirchhof Kücknis mit dem letzten Spätwagen 12 Uhr

Verf. von 11. Februar 1913.

Die Betriebsverwaltung.

Zum Eisbein-Essen

am Mittwoch, 12. Februar ladet freundlich ein (1023) H. Lexau, Böttcherstr. 18. Anfang 10 Uhr.

Achtung Schneider!

Mitglieder-Versammlung am Dienstag, 11. Februar

abends 8¹/₂ Uhr im „Gewerkschaftshaus“ Johannisstraße 50—52.

Tages-Ordnung:
 1. Jahresbericht.
 2. Mitteilung der Ortsverwaltung.
 3. Verschiedenes.
 1024 Die Ortsverwaltung.

Beerdigungsinstitut Gehr. Müter

Fernsprecher 427. Mühlenstraße 13. Uebernahme ganzer Beerdigungen. Größtes Lager in Särgen, Grabstöcken, Metall-, Perl- u. Blattkränzen. Einkleidungen jeder Art. * Billigste Preise.

Oeffentliche

Volks-Versammlungen

als Protest gegen die geplante Warenhaussteuer finden statt:

in Vorwerk

am Freitag, dem 14. Februar 1913, abends 8¹/₂ Uhr bei Herrn Stapelfeldt;

in Moisling

am Sonnabend, dem 15. Februar 1913, abends 8¹/₂ Uhr in Schreibers Kaffeehaus;

in Travemünde

am Sonnabend, dem 15. Februar 1913, abends 8¹/₂ Uhr im Kolosseum.

Tages-Ordnung:

1. Will man den Konsumverein durch Steuern erdrosseln?

Referenten: die Herren Redakteur Stelling und Arbeitersekretär Mehrlein.

2. Freie Aussprache.

Mitbürger! Konsumenten! Im Falle der Annahme der vom Senat beantragten Warenhaussteuer werden auch die in den obigen Ortschaften bestehenden Warenabgabestellen durch die Steuer getroffen.

Es gilt, durch einmütigen Protest zu zeigen, dass die Konsumenten mit dieser Steuer nicht einverstanden sind.

Erscheint deshalb zahlreich in den angesetzten Versammlungen!

Der Vorstand

des Konsumvereins für Lübeck und Umgeg. (104)

Das japanische Parlament wiederum vertagt.

Als die neue Regierung am 21. Januar das Abgeordnetenhaus vertagte, mochte sie wohl die Absicht haben, die Geister zu beruhigen, um Zeit zu gewinnen, die Angriffe durch Ausarbeitung eines volkstümlichen Programms zu widerlegen. Allein die Erörterungen waren auf Sand gebaut. Die in der Kammer vertretene Bourgeoisie ist offenbar fest entschlossen, die Allmacht der Militärfaste zu brechen. Beim Wiederzusammentritt der Kammer am 5. Februar setzte die Opposition mit einem energischen Angriff ein, in deren Verlauf es zu Szenen kam, wie an ungarische Beispiele erinnern.

Der neue Finanzminister Wakatsuki legte der Kammer seinen Budgetvorschlag für das Jahr 1913-14 vor. Er ist vorläufiger Weise in dem Rahmen gehalten, den sich sein Vorgänger Kamamoto gesteckt hatte. Die gesamten Einnahmen und Ausgaben werden auf 585 Millionen Yen veranschlagt. Die gewöhnlichen Einnahmen weisen gegen das Vorjahr eine Steigerung von 27 Millionen Yen auf, ein Plus, das auf die wirtschaftliche Prosperität zurückgeführt wird. Aber andererseits sind die außerordentlichen Einnahmen um 19,7 Millionen zurückgegangen, so daß der reine Ueberschuß der Gesamteinnahmen nur etwa 7,5 Millionen Yen beträgt.

Wie sein Vorgänger, so erklärte auch Wakatsuki in seinem Exposé, das Programm der gegenwärtigen Regierung sei strikteste Sparsamkeit und administrative Reformen, wodurch ein jährlicher Gewinn von 50 Millionen Yen zu erwarten sei. Um ihr Ziel zu erreichen, wolle die Regierung auf Hinausschiebung der öffentlichen (Bahn-)Bauten drängen. Dadurch hoffe sie, die Ausgaben noch unter die Voranschläge zu reduzieren.

Nachdem der Finanzminister geendet hatte, erhob sich der Ministerpräsident Katsura, um seine Programmrede zu halten. Klugerweise redete er hauptsächlich nur über die auswärtige Politik, die in der Kammer selten Unstimmigkeit entfacht. Allein die Vorsicht des Diplomaten sollte nicht den gewünschten Erfolg bringen. Kaum hatte Katsura geendet, so erhob sich der frühere Bürgermeister von Tokio, Gaki, und beantragte im Namen der Seiyukai (Partei), der Regierung die Mißbilligung auszusprechen. In seiner Begründung des Verlangens griff er den Ministerpräsidenten in heftigster Weise persönlich an. Katsuras Vergangenheit mache ihn für den Posten an der Spitze des Kabinetts vollständig unzulässig.

Eine derartige Sprache und der Antrag selbst bedeutet in einem sonst so lammfrommen Parlament wie das japanische eine revolutionäre Tat. Katsuras Antwort auf die Angriffe hatte keinerlei beruhigende Wirkung. Ihm sollte einer der Mitglieder der neuen Partei Katsuras, Shimada, folgen. Der Chef der Regierung mußte sich nicht viel von der Redegewandtheit seines Parteigängers versprechen, denn noch ehe er die Tribüne erreicht hatte, zog Katsura ein kaiserliches Handschreiben aus der Tasche, das die Kammer auf fünf Tage vertagte.

Dieser Streich wirkte wie eine Bombe. In ungeheurer Erregung verließen die Volksvertreter das Haus, um sich außerhalb desselben mit einer Menge Sympathisierender zu versammeln. Das Volk blockierte die Zugänge zum Parlament und brachte den Mitgliedern

der (oppositionellen) Seiyukai laute Ovationen dar. Die regierungsfreundlichen Abgeordneten wurden aus ihren Wagen gestoßen, es wurde sogar versucht, sie in den Kanal zu tauchen. — Ein wenig versprechender Anfang für das Haupt der Militärfaste.

Deutscher Reichstag.

Originalbericht des „Lübecker Volksboten“.

Berlin, 10. Februar.

108. Sitzung. Nachmittags 2 Uhr.

Am Bundesratstische: Kühn, Dr. Lisco.
Auf der Tagesordnung stehen zunächst Wahlprüfungen. Den Anträgen der Kommission entsprechend wird die Wahl des Abg. Held (N.-L.) für gültig erklärt und über die Wahl des Abg. v. Liebert (N.P.) Beweiserhebung beschlossen. Es folgen einige Rechnungssachen, die debattelos dem Rechnungsausschuß überwiesen werden. Dann wird die Beratung des

Stats des Reichsjustizamts

fortgesetzt.

Abg. Dr. Alblach (N.P.): Gegen den Vorwurf einer Klassenjustiz müssen auch meine Freunde unseren Richterstand in Schutz nehmen. Ebenso unbedingt muß der Vorwurf der Rechtsbeugung gegen die Schwurgerichte zurückgewiesen werden, der von einem Landgerichtspräsidenten in der Juristenzeitung erhoben wurde. — Der Minister des Innern in Preußen hat die Polizeibehörden angewiesen, die Amtsgerichte darauf aufmerksam zu machen, daß die dem Deutschen Ärztevereinsbund angehörigen Vereine nicht in das Vereinsregister eintragungsfähig seien. Entsprechend die Amtsgerichte und dann auch die Landgerichte dieser Anregung nicht, so sei an den Minister zu berichten. Das ist ein ganz unerhörter Eingriff der Verwaltung in die Rechtspflege. (Sehr richtig! links.) Jedes Amtsgericht wird hoffentlich Mannes genug sein, der Verwaltungsbehörde bei dem Versuch der Einmischung in die Rechtspflege gründlich die Tür zu weisen. (Zust. links.) Herr v. Dallwitz scheint zu glauben, daß auch der Sekretär des Reichsjustizamts sein junger Mann sei. Der Bund der Landwirte ist eingetragen worden, obwohl er ein politischer Verein ist. Warum wirkt Herr v. Dallwitz nicht aufklärend gegenüber Herrn v. Jagow, damit er hier einen Einspruch erhebt. Auch der Reichsverband zur Bekämpfung der Sozialdemokratie ist eingetragen worden, ohne daß der Polizeipräsident v. Jagow Einspruch erhob. Beim Amtsgericht Charlottenburg ist der „Verein reichstreuer Männer für Wilhelmsdorf und Umgebung“ eingetragen worden und ebenso eine Satzungsänderung, die besagt, daß kein Mitglied einer freijüdischen oder sozialdemokratischen Partei in den Verein aufgenommen werden darf. Man sieht, wohin die Mitwirkung der Verwaltungsbehörden bei der Rechtspflege führt; umso schärfer muß Widerspruch erhoben werden, wenn die Verwaltungsbehörde sogar contra legem (dem Gesetze zuwider) sich einen Einfluß zu sichern sucht, wie es durch den Erlaß des preussischen Ministers geschehen ist. Es wäre verhängnisvoll, wenn es dazu käme, daß man dem Volke sagte, die preussischen Richter haben nur ihrer Ueberzeugung zu folgen, und außerdem den Weisungen der Verwaltungsbehörden. (Zust. b. d. Vpt.)

Staatssekretär im Reichsjustizamt Dr. Lisco: Wenn ein Verein in das Vereinsregister eingetragen ist, der wegen seiner Verfolgung wirtschaftlicher Zwecke nicht eintragungsfähig ist, so hat jeder Staatsbürger das Recht, die Löschung zu beantragen. Etwas anderes hat doch auch der preussische Minister des Innern mit seinem Erlaß, der die Löschung bestimmter Vereine anregt, nicht getan. Von einem Eingriff in die richterliche Unabhängigkeit kann dabei gar keine Rede sein. Der Bund der Landwirte, ein politischer Verein, hat seine Eintragung beantragt, und davon wurde der Verwaltungsbehörde Kenntnis gegeben. Diese kann bei einem politischen Verein Einspruch erheben, muß es aber nicht tun.

Da sie es nicht getan hat, mußte die Eintragung erfolgen, die Justizbehörde konnte gar nicht anders verfahren.

Abg. v. Traampszinski (Pole): Da bei der Interpretation über das preussische Enteignungsgesetz der Staatssekretär des Reichsjustizamts nicht hier war, mache ich ihn jetzt darauf aufmerksam, daß dieses Gesetz im Widerspruch zur Reichsverfassung steht. Mit der Erhebung von Beleidigungsklagen im öffentlichen Interesse ist bei den Streitprozessen im Ruhrrevier in haarsträubender Weise Mißbrauch getrieben worden. Die Urteile dort zeigen, daß die Richter dem Volksempfinden ganz fern stehen. Darunter haben auch wir in den polnischen Landesteilen ganz außerordentlich zu leiden. Polnische Richter werden überhaupt nicht mehr in diesen Landesteilen angestellt. In Preußen ist die Rechtspflege ja Neben Sache und es kommt nur auf die Gestimmung an. (Sehr richtig! b. d. Polen.)

Abg. Landsberg (SD.): Der Abg. Belzer hat neulich gegen die Zulassung einiger Rechtsanwälte protestiert. Es war bisher unter den deutschen Rechtsanwälten nicht üblich, den Kollegen als Konkurrenten zu betrachten. Jeder ehrenhafte Kollege ist uns willkommen. Unwille besteht in Rechtsanwaltskreisen nur darüber, daß frühere Richter und Staatsanwälte, die sich in ihrem Beruf aus besonderen Gründen nicht haben halten können, und von der Anwaltskammer abgelehnt werden, dann vom Ehrengerichtshof in Leipzig als Anwälte zugelassen werden. So war es der Fall bei einem Berliner Staatsanwalt, der bis über den Hals in Schulden steckte, von einem Betrüger ein größeres Darlehen erhalten hatte, und dann gegen denselben Betrüger als Staatsanwalt auftrat. Selbstverständlich war der Mann unhaltbar, als der Sachverhalt herauskam, und er mußte aus seinem Amt ausscheiden. Die Zulassung eines solchen Mannes durch den Ehrengerichtshof ist geradezu unerhört. Die deutsche Rechtsanwaltschaft soll kein Abladeplatz sein für Ausschutt aus anderen Berufen. — Sehr wünschenswert wäre es, wenn der Staatssekretär durch Abänderung der Zivilprozessordnung das Existenzminimum von 1500 Mk. — eine Summe, die den heutigen Verhältnissen bei weitem nicht mehr entspricht (Sehr richtig!) auf 2500 Mark erhöhen würde. — Die Ueberlastung des Reichsgerichts, meinte der Staatssekretär, könne nur gehoben werden entweder durch eine Vermehrung der Zahl der Senate oder durch eine Abänderung der Zivilprozessordnung. Damit meinte er jedenfalls eine abermalige Erhöhung der Revisionssumme. Gegen eine solche Absicht legen wir von vornherein Verwahrung ein. (Sehr richtig! b. d. Soz.) Wenn die Zahl der Prozesse zunimmt, muß selbstverständlich die Zahl der Richter vermehrt werden. Man komme uns nicht mit dem Einwand, daß dann die Einheitlichkeit der Rechtspflege in Frage stehe. Das ist vielmehr der Fall, wenn man die meisten Prozesse beim Oberlandesgericht enden läßt. Wie kann das Oberlandesgericht in Colmar im Elsaß eine Ahnung haben von der Rechtspflege des Oberlandesgerichts in Posen! Dagegen können selbst 20 Senate beim Reichsgericht sehr wohl ihre Rechtspflege gegenseitig kontrollieren. Ich überschätze wirklich nicht den Wert der Rechtspflege beim Reichsgericht. Jedenfalls aber hat es eine gewisse Bedeutung, wenn das Oberlandesgericht eine Instanz über sich weiß, die seine Entscheidungen nachprüft. Es gibt Oberlandesgerichte, bei denen die Sachen, die keiner Nachprüfung unterliegen, Ueberflüssen genannt werden, weil man in solchen Fragen frisch von der Leber urteilen kann. (Sitt. und hört, hört!) Diese Bezeichnung besagt genug; sie beweist, daß erhebliche Beweisanträge der Parteien ganz anders gewürdigt werden, wenn die Revision zulässig ist. — Herr Holtkötter hat neulich seine Zufriedenheit mit einer englischen Entscheidung bekundet, die sich bei seinen Gesinnungsgenossen leider immer zeigt, wenn jenseits des Kanals irgend etwas Rüständiges eingeführt wird, er hat uns mit epischer Breite vorgetragen, daß man dort die Prigelfstrafe für Zuhälter und Kuppler eingeführt habe. Mir erscheint es sehr naiv, wenn man glaubt, daß diese Verbrechertatigkeiten durch Einführung der Prigelfstrafe verschwinden würden. Denken Sie an das Beispiel Dänemarks, wo der würdige Justizminister Albert

Hafenstürme.

Roman von W. W. Jacobs.

(6. Fortsetzung.)

(Nachdruck verboten.)

Der Kellner sagte es ihm und nach einigen strengen Bemerkungen über Separatzimmer und Harppen verließ der Kapitän mit seinen Freunden das Lokal und ließ den sprachlosen Herrn Löbel zurück, der nur auf das zerbrochene Glas starren und auf die Fragen des neugierigen Karl ausweichende Antworten geben konnte.

Langsam leerte er sein Glas. Seit Monaten hatte er seinen Mut angefaßt, um dieses Zimmer mit Sturm zu nehmen, und das war nun das Resultat. Er war beinahe in Gegenwart von Karl beschimpft worden, eines Jünglings, der in Wellhafen wie kein zweiter den Ruf eines Schwägers hatte.

„Wissen Sie, was ich an Ihrer Stelle tun würde,“ meinte dieser Biederemann, als er wieder ins Zimmer trat, um das zerbrochene Glas aufzufegen.

„Nein, das weiß ich nicht,“ erwiderte Herr Löbel mit erhabener Gleichgültigkeit.

„Ich würde hier nicht wieder herkommen, ich wenigstens würde es nicht tun,“ sprach Karl freimütig. „Nächstes Mal wird er Sie selbst in die Ecke werfen.“

„Ha,“ rief der erhitzte Herr Löbel. „Ha, wird er? Das möchte ich einmal sehen! Das würde er bald bereuen müssen! Ich will ihn lehren, einen achtbaren deutschen Handelsmann zu beleidigen. Ich will ihm schon zeigen, wen er vor sich hat!“

„Was wollen Sie denn tun?“ fragte der andere.

„Gehst Sie gar nichts an,“ schnauzte Herr Löbel, der nicht in der Lage war, seine Neugierde zu befriedigen. „Gehst Sie gar nichts an. Gehen Sie an Ihre Arbeit, Karl, und vielleicht, wenn nach und nach Ihr Schnurrebart groß genug geworden ist, daß man ihn sehen kann, werden Sie etwas hören.“

„Ich habe gestern etwas gehört,“ meinte der Kellner nachdenklich, „es war etwas über Sie, aber ich wollte es nicht glauben.“

„Was war's denn?“ fragte der andere.

„Ach, nichts von Bedeutung,“ gab Karl zurück und ergriff den Türdrücker, „aber ich wollte es nicht glauben, ich sagte, ich könnte so etwas von Ihnen nicht glauben.“

Herr Löbel bestand darauf, es zu erfahren. „Was — was — es denn?“

„Nun, einer sagte, Sie hätten einmal einem Manne ein

paar Hosen zu einem anständigen Preise abgekauft,“ berichtete der Kellner indigniert.

Er schloß die Tür leise hinter sich, und nach einer kurzen Pause öffnete Herr Löbel sie wieder und verließ noch lautloser den Bezirk des „Becher“. Dann schritt er über die Straße nach seinem Irzdekladen.

Kapitän Schumann war auch heimgegangen, in glücklicher Unkenntnis der dunklen Anschläge des Garderobenhändlers. Er ging gerade an, sich die verhältnismäßige Unwichtigkeit eines Kapitäns im Ruhestande zu vergegenwärtigen, und die Erkenntnis dieses Umstandes war für ihn eine Quelle beträchtlichen Mißmutes. Keine ehrerbietigen Matrosen lauschten achtungsvoll auf seine Anordnungen, keine handfesten Seeleute eilten, um seine Befehle auszuführen, oder zitterten aufrührerisch vor seiner Wut. Die einzige Person auf der weiten Welt, die zu ihm im Verhältnis der Abhängigkeit stand, war das Alleinmädchen Bella, und diese machte keinen Versuch, ihre Genugtuung zu verbergen über die Erregung, die sie hervorrief, wenn sie ihre Pflicht vernachlässigte.

Er wartete einen Augenblick an der Gartenpforte, dann ging er langsam nach der Haustür und klingelte wie der Herr des Hauses. Eine volle Minute verging, er klingelte wieder und erinnerte sich mit einigem Unbehagen an die strengen Instruktionen, die er am Tage vorher gegeben hatte, wonach nur das Dienstmädchen und kein anderer nach der Tür sehen sollte. Er hatte seine Tochter am Fenster sitzen sehen, als er vorbeikam, aber unter den obwaltenden Umständen konnte ihn diese Tatsache nicht befriedigen. Einem dritten Klingeln folgte ein viertes und dann hörte man auf der Treppe eine jammervolle Stimme laut den Namen Bella rufen.

Beim fünften Klingeln erzitterte das Haus, und ein Mädchen mit rotem Gesicht, um die Schultern ein feuchtes Handtuch, lief hastig die Treppe herab, drückte auf die Klingel und lief noch hastiger die Treppe wieder nach oben und bot dem Kapitän den Anblick eines kurzen, gestreiften Rockes, als sie um den Treppenaufgang bog.

„Ist denn hier im Hause gar keine Ordnung?“ fragte der Kapitän, als er ins Zimmer trat.

„Bella zog sich an,“ erwiderte Fräulein Schumann ruhig, „und Du gabst gestern Befehl, daß kein anderer die Tür öffnen sollte.“

„Kein anderer, wenn sie disponibel ist,“ berichtete ihr Vater und blickte sie scharf an. „Wenn ich Anordnungen treffe, dann erwarte ich, daß die Leute ihren gesunden Menschenverstand gebrauchen. Warum ist mein Tee nicht fertig? Es ist fünf Uhr!“

„Die Uhr geht zwanzig Minuten vor,“ gab Käthe zurück.

„Wer hat denn wieder an ihr herumgedreht?“ fragte ihr Vater, indem er die Tafel an Hand seiner Taschenuhr feststellte.

Fräulein Schumann schüttelte den Kopf. „Sie ist vorgegangen, seitdem Du sie gestern abend regulierdest,“ konstatierte sie lächelnd.

Der Kapitän warf sich in einen Lehnstuhl und wartete, indem er mit einem Auge nach der Uhr hinsah, bis fünf Minuten vor der richtigen Zeit aus der Küche ein Klappern von Geschirr ertönte und Bella, immer noch feucht, mit dem Tablett hereinkam. Ihr Auge flog auch nach der Uhr und sie lächelte schwach nach der Richtung des Kapitäns hin, als sie bemerkte, daß sie mindestens zwei Minuten zu früh erschienen war. Auf die Minute nach der Uhr stand der Teetopf auf dem Tische und allen hörbar ließ sich von der Küche her das schwere Atmen des Mädchens vernehmen.

„Winklich auf die Minute, Johann,“ meinte Frau Käthe, als sie ihren Platz beim Tablett einnahm. „Es ist wunderbar, wie sich das Mädchen gebessert hat, seit Du zu Hause bist. Es ist, als ob es gar nicht mehr dasselbe Mädchen wäre.“

Sie hob den Teetopf auf und stellte ihn, nachdem sie ein wenig von seinem Inhalt ausgegossen hatte, wieder hin, um noch zwei Minuten zu warten. Als nach Verlauf dieser Zeit die Farbe des Tees noch immer die unbefriedigende Blässe zeigte, setzte sie die Kanne wieder hin und war gerade dabei, den Deckel zu heben, als jemand wie eine Lawine ins Zimmer gestürzt kam, etwas Tee aus einem Dofendeckel in die Kanne schüttete und sich eiligst wieder zurückzog.

„Guten Tee und wohlgerogene Dienstboten,“ murmelte der Kapitän auf seinem Teller, „was kann der Mensch mehr verlangen?“

Frau Käthe hustete und reichte ihm eine Tasse; Fräulein Schumann, die einen guten Appetit besaß, nahm gelassen ihr Butterbrot in Angriff — die Unterhaltung stockte.

„Ich denke mir, Du hast die große Neugierde schon gehört, Johann,“ sprach seine Schwester zu ihm.

„Ich denke ja,“ war die Antwort.

„Werkwürdig, daß er nach all diesen Jahren zurückgekommen ist,“ meinte Frau Käthe dann wieder, „obgleich ich eigentlich nicht recht weiß, weshalb er es nicht hätte tun sollen. Es ist seine Geburtsstadt und sein Vater lebt auch hier.“

„Von wem sprichst Du?“ fragte der Kapitän.

„Nun, von Ernst Thießen,“ erwiderte die Schwester. „Ich dachte, Du sagtest, daß Du schon davon gehört hättest. Er kommt nach Wellhafen zurück und tritt bei dem alten Köppen, dem Schiffsmaler, als Teilhaber ein. Ich glaube, es ist eine sehr gute Sache für ihn.“ (Fortsetzung folgt.)

die Prügelstrafe einführte — beinahe wäre er ihr selbst zum Opfer gefallen (Sttt.) — und wo man sie nach einigen Jahren wieder abgeschafft hat. Wenn überhaupt eine körperliche Strafe abgedroht könnte, dann müßte es doch in erster Reihe die Todesstrafe sein. Aber hat man erst mal die Erfahrung gemacht, daß in Ländern, wo die Todesstrafe abgeschafft ist, mehr Mordtaten begangen werden? Die Statistik beweist doch das Gegenteil. Gegen Kuppler und Zuhälter geht man am sichersten vor, wenn man dafür sorgt, daß die soziale Lage der erwerbstätigen Frauen eine bessere wird und diesen Verbrechern so die Objekte für ihre Betätigung entzieht. (Sehr gut! b. d. Soz.) Darauf kommt es an, nichts aber erreicht man damit, daß man sie irgend welchen widerwärtigen Erchtionen unterwirft, die verrohend wirken müssen auf alle Teile, auf die, die die Prügel zu applizieren haben (Sehr richtig!) Wie wenig maßgebend übrigens für unsere Zustände die von dem Abg. Holtzschke zitierten englischen Verhandlungen sind, beweist die von ihm angeführte Neußerung des englischen Kriegsministers, er sei zwar ein Gegner der Prügelstrafe, aber ganz lasse sich die Prügelstrafe aus der Arme nicht beseitigen. Ich hoffe, daß Herr Holtzschke kein Anhänger der Prügelstrafe in unserer Arme ist. (Abg. Dr. Vertel: Doch!) — Der Resolution Schiffer über das Vorkaufsrecht von Grundstücken, Staat usw. bei Zwangsversteigerung von Grundstücken werden wir zustimmen. Sie erinnern sich an den Fall, den Herr Schiffer anführte. Ein Hypothekengläubiger hat auf einem Grundstück, das einen Wert von etwa 50 000 Mark hat, eine Hypothek von 30 000 Mark, er bringt das Grundstück zur Zwangsversteigerung, ist dabei der einzige Bieter und bekommt für das Gebot von 1000 Mark das Grundstück, hat also für sein Darlehen ein Äquivalent bekommen, das den Wert der 30 000 Mark erheblich übersteigt. Nun kommt aber das Schloß. Der arme ausgepöbelte Schuldner, der sein Grundstück losgeworden ist, kommt wieder in bessere Vermögensverhältnisse und nunmehr macht der Ersteher des Grundstücks auf Grund des Darlehensvertrages, der zwischen ihm und dem Schuldner bestanden hat, seine Forderung von 29 000 Mark Rest gegen den armen Teufel geltend, und in vielen Fällen ist das Geld in solchen Fällen dem Gläubiger zugesprochen worden. Dagegen wendet sich die Resolution. Herr Holtzschke meinte, durch Annahme der Resolution sei dem Schuldner nicht geholfen, er sei ja doch sein Grundstück los. Da hat er wohl die Tragweite der Resolution nicht ganz erfaßt. Wenn der Gläubiger weiß, daß ein Vorkaufsrecht der Gemeinde, des Staates oder des Reiches besteht, so kann er nicht riskieren, 1000 Mark auf das Grundstück zu bieten (Sehr richtig!), denn dann muß er mit der Möglichkeit rechnen, daß auf Grund des Vorkaufsrechts die Gemeinde usw. das Grundstück übernimmt, und dann ist er seine dringliche Forderung los. Bedauerlich ist, daß eine solche Resolution überhaupt nötig ist. Meines Erachtens könnte schon auf Grund der bestehenden Gesetze, weil der betreffende Gläubiger z. B. zweifellos gegen die guten Sitten handelt, gegen ihn vorgegangen werden. Bedenklich ist bei der Resolution nur, daß auf Grund eines Mißstandes ein Gesetz gefordert wird. Eine solche Gelegenheitsgesetzmacherei ist selten gut, und bedenklich ist ferner, daß nur eine Art des unmoralischen Erwerbs herausgegriffen werden soll, während es viele andere eben so schlimme gibt, die unbeanstandet bleiben. Ferner ist zu berücksichtigen, daß die preussische Regierung geneigt ist, alle Befugnisse, die sie bekommt, zu mißbrauchen. Würden wir ein Gesetz gegen die Schundliteratur machen, so würde sie sicher auch das „Kapital“ von Karl Marx darunter stellen. (Heiterkeit bei den Soz.) Bleiben doch heute so viele dramatische Schönerien frei, während Hauptmanns „Weber“ erst vom Oberverwaltungsgericht freigegeben werden mußten, und trotzdem immer wieder verboten wurden. Uns wäre am liebsten, wenn das Vorkaufsrecht auf die Gemeinden beschränkt bliebe, jedenfalls werden wir für die Resolution stimmen aus unserem Bestreben heraus, den Grundbesitz der Gemeinden zu vermehren. Im übrigen hat ja neulich Graf Beckers erklärt, die Zustimmung zu einer Resolution bedeute noch garnichts, man könne sich ja nachher, wenn gesetzgeberisch etwas daraus werde, immer noch auf den entgegengelegten Standpunkt stellen. (Heiterkeit.) Nun einige Worte zur Behandlung unschuldig Verhafteter. Ganz typisch ist der Fall des Sattlers Kiehl, der wegen Mordverdacht zwei Monate in Unterjuchungshaft lag. Seine Unschuld stellte sich in solcher Weise heraus, daß alle Vorbedingungen zur Entschädigung erfüllt waren. Bewilligt wurden ihm als Ersatz für entgangenen Gewinn beim Handel mit Weihnachtsbäumen 75 Mk., als Auslagen für den Umzug 40 Mk. und Verteidigungskosten 24 Mk. Von dieser Summe wurden aber noch abgezogen Erparnisse an Verpflegungskosten während der Haft 37,50 Mark. Und die Beschwerde hiergegen wurde vom preussischen Justizminister verworfen. (Zurufe links: Unerbört!) Von denen, die nicht unschuldig in Unterjuchungshaft gefesselt haben, verlangt also der preussische Justizminister wohl noch nachträgliche Bezahlung der Verpflegung. (Heiterkeit.) Wenn wir hier über Klassenjustiz klagen, wird das Befinden derselben von anderer Seite bestritten, Herr Warmuth meinte, unsere Klagen entpringen nur dem Haß der Sozialdemokratie gegen die bestehende Staats- und Gesellschaftsordnung. Er mag seine Mahnungen zum Vertrauen an seine nähere Umgebung richten. Herr Siebert, der ihm ja nahe steht, hatte wegen Verleumdung die Verurteilung eines Redakteurs in Baden nur zu 25 Mark Geldstrafe erwirkt, und seine Berufung wurde von der Karlsruher Strafkammer verworfen. Da schrieb die Korrespondenz des Reichsverbandes zur Bekämpfung der Sozialdemokratie, im Großherzogtum Baden muß ein Gegner der Sozialdemokratie schon zutreiben sein, wenn er überhaupt eine geringfügige Bestrafung eines Genossen durchsetzt. Hier wird den badiischen Richtern direkt der Vorwurf der Parteilichkeit gemacht. Wir erheben den Vorwurf der Rechtsbeugung durchaus nicht. Der Sinn unseres Vorwurfs der Klassenjustiz ist, daß die Richter ansichtig sind, sich von Anschauungen und Vorurteilen leiten lassen, die sie mit der Muttermilk eingelesen haben. Das hat ja auch Herr Kollege Selzer zugegeben, als er sagte, die Richter gehören den bevorzugten Klassen an und sind von ihrem Willen abhängig. Auch einige andere Redner, die sonst gar keine Abneigung gegen Sozialisten haben, sagen, das ist ja ganz selbstverständlich, niemand kann aus seiner Haut heraus. Deshalb nimmt man aber die Richter nur aus einem bestimmten Willen, warum auch wenigstens in Preußen ein Kleriker den Nachweis eines bestimmten, garnicht unbetriebligen Vermögens führen, um zugelassen zu werden, weshalb bedauert man mit Vorliebe Richter, die sich in politischen Prozessen bemerkbar gemacht haben. Wenn ein Journalist mit beständigem Gemütskreis unter dem Banner des Eintrages steht, des Streifenkreises sei ein persönliches Verbrechen und müsse bestraft werden, so läßt man über demüthige Lehren und sagt, es sind Früchte einer Rechtsbeugung, die nicht gerade mit großen geistigen Anstößen erweist ist. (Sehr gut!) Vom Richter aber muß man verlangen, daß er sich redlich bemüht, Herr aller Vorurteile zu werden, die er mit der Muttermilk oder im Reiche Gleichgültigkeit eingelesen hat. Jeder Richter sollte sich die Worte des alten preussischen Richters Vorworts im Prozeß Jacobi ins Herz graben: „Je größer die Klage ist, die mich von einem bestimmten Gegner treibt, der als Angeklagter vor mir steht, um so sorgfamer gehe ich zu Werke, um so gewissenhafter prüfe ich mich, was ich zu Gericht sitze.“ Der Reichsgerichtsrat Wittich meinte dagegen, die Richter sind Vertreter der herrschenden Klasse und Gesellschaftsordnung, und sollen ihre Pflicht getreu, die die Leiter dieser Ordnung, die

Sozialdemokraten, die Macht in die Hände bekommen. In der „Post“ erhebt ein Richter gegen die Staatsgewalt den Vorwurf, die Gefahren der sozialen Revolution zu mißachten. Streiks schüren nach ihm den Klassenhaß, er ruft auf zur Schärung um das monarchische Banner, damit wir nicht allmählich der Revolution entgegenstehen. Gnade dem Sozialdemokraten, der in die Hände eines solchen Mannes gerät! An diesen Artikel mußte ich denken, als ich das Urteil der Breslauer Strafkammer las, das aus Anlaß der letzten Reichstagswahl über den Arbeitersekretär Slowig und mehrere Gefährten verhängt wurde. Sie waren in einem Dorfe der ungeheuerlichen Handhabung beim Wahlakt entgegengetreten, und hierbei hatte Slowig dem Wahlvorsteher, der sich entgegen einem Ministerialerlaß auf die Anweisung seines Landrats berief, gesagt: Das ist ja alles Anjinn, was Sie da reden, Ihr macht Euch hier auf dem Lande die Gesetze, wie Ihr wollt. Wir werden Euch das anstreichen! Als sie auf Anweisung des Wahlvorstehers von etwa 20 Leuten hinausgeworfen waren, hatte Slowig zwei derselben zugerufen: Ihr wollt Arbeiter sein? Wui! Schämt Euch! Wegen Hausfriedensbruch wurden alle verurteilt, Slowig mit drei Monaten Gefängnis, und wegen der Verleumdung des Wahlvorstehers noch mit vier Wochen und wegen der Verleumdung der beiden Arbeiter mit zwei Wochen Gefängnis. (Lebhaftes Hört, hört!) Das Urteil wirft ihm vor, er habe lediglich in frivolster Weise seine Machtstellung als Abgeordneter der sozialdemokratischen Wahlleitung zeigen wollen. Das Reichsgericht konnte an den tatsächlichen Feststellungen nichts ändern und mußte die Revision verwerfen. Ich sehe nicht an, zu erklären, es ist ehrenvoller, solche Strafen zu empfangen, als sie zu verhängen. (Lebh. Zustimmung bei den Soz.) In einem andern Orte wollten zwei Arbeiter, die als Kontrolleure im Wahllokale waren, es nicht dulden, daß aus einer Kafesbüchse, die als Wahlurne diente, die Wahlschlüssel der Reihe nach herausgenommen und übereinander geschichtet wurden. Sie wurden wegen Anmaßung eines öffentlichen Amtes und Bebröhung eines Beamten angefaßt und mit vier Monaten Gefängnis bestraft (Lebh. Hört, hört!), obwohl sie lediglich aus dem idealen Beweggrund, das Wahlgeheimnis zu schützen, gehandelt hatten. Ein Rektor dagegen, der einem Wähler den Wahlzettel entziffen hatte und ihm einen konservativen ausdrängen wollte, beantragte der Staatsanwalt, nur mit einer Woche Festung zu bestrafen, weil seine Beweggründe ideal gewesen seien. (Große Heiterkeit bei den Soz.) Und die Strafkammer sprach ihn überhaupt frei. (Hört, hört! bei den Soz.) Dieselbe Strafkammer sprach auch einen Wahlvorsteher, der dem die ungeheuerliche Wahlfälschung durch eine Reihe einwandfreier Zeugen erwiesen war, mit der Begründung frei, die Vorwürfe seien so unglücklich, daß man diese Handlungen dem Angeklagten nicht zutrauen kann. (Lebh. Hört, hört! bei den Soz.) Diese Strafkammer scheint eine Filiale der barmherzigen Brüder zu sein! (Sttt.) Noch ein paar Worte zur Streitjustiz. In allen Ständen gibt es als oberstes Gesetz, daß der einzelne sein Interesse gegen das der Gesamtheit zurückstellen hat, und die Richter haben hierfür bei organisierten Ärzten, bei Fabrikanten, die sich einem Unternehmerring anschließen, bei Kaufleuten und Handwerksmeistern, Verständnis; überall lassen sie den Gemeinfinn gelten. Für Verfehlungen von Arbeitern aber, die der Ansicht sind, daß auch ihre Klassengenossen Gemeinfinn haben müssen, hat man in weiten Richtkreisen kein Verständnis. (Sehr wahr! bei den Soz.) Der Arbeiter sieht den Arbeitswilligen selbstverständlich als unlauteren Konkurrenten an, genau mit demselben Recht wie der Handwerker und der Bauer ihre Berufsgenossen, die unter einem angemessenen Preise verkaufen. Es kommt hinzu, daß wenn eine Lohnbewegung von Arbeitern siegreich durchgeführt wird, an den Früchten dieser Lohnbewegung die Arbeitswilligen in demselben Maße teilzunehmen wie die Streikenden. (Sehr gut! bei den Soz.) Die Arbeitswilligen wollen also, daß andere für sie die Kastanien aus dem Feuer holen. Das sind natürlich Erwägungen, die eine harte Erbitterung bei den organisierten Arbeitern gegen die Arbeitswilligen erzeugen. Ferner kommt hinzu, daß die Richter, die doch sonst sehr gut den geringen Bildungsgrad der Arbeiter kennen, bei solchen Streitverfahren auf einmal verlangen, daß sie ihre Lebensweise vollständig einrichten nach dem Rezept des seligen Herrn Knigge. Das beweist eben, daß sie sich nicht genügend bestreben, die Klassenurteile, von denen sie beherrschet werden, zu bekämpfen. (Sehr richtig! bei den Soz.) Die harten Strafen erklären sich hauptsächlich aus der Antipathie der Richter gegen den Streit (Sehr richtig! bei den Soz.) und aus der Vorstellung, daß die Handlungen, die man so hart bestraft, geeignet sind, den Unternehmern Arbeitswillige zu entziehen. (Erneute Zustimmung bei den Soz.) Wegen der Worte: „Wui! Streiftrecker!“ werden wochenlange Gefängnisstrafen verhängt. Unternehmer aber, die die Unfallverhütungsvorschriften außer acht lassen, kommen mit ganz geringen Strafen weg. Bekannt sind ja auch die lächerlich geringen Strafen bei Verstoßen gegen das Kindererziehungsgesetz, die so minimal sind, daß es für den Unternehmer viel rentabler ist, sie auf sich zu nehmen, als die Verpflichtungen zu erfüllen, die das Kindererziehungsgesetz an ihn stellt. (Sehr wahr! bei den Soz.) In Magdeburg hat sich ein Fall zugetragen, der eines gewissen komischen Antriebes nicht entbehrt. In einem Gespräch zwischen einem Streikenden und einem Arbeitswilligen sagt dieser: „Ich war früher im Verbanne, jetzt bin ich es nicht“, worauf dieser zur Antwort gibt: „Das ist schlimm genug, Du Individuum.“ Ich bemerke, daß ich weder in diesem oder in irgend einem anderen Falle auf Grund von Zeitungsberichten vortrage, ich hätte mir überall die Urteile kommen lassen. Für diese Bemerkung wurde der Streikende bestraft mit einer Woche Gefängnis. (Hört, hört! bei den Soz.) Der Staatsanwalt hatte zwei Wochen beantragt, mit Rücksicht auf die geringfügigkeit des Voralles.“ (Hört, hört! bei den Soz.) Zuruf: Wie war es aber mit dem Arbeitswilligen, der jemand erschossen hat? Auf diesen Vorfall wollte ich gerade kommen. Unter den Arbeitswilligen an einer Holzwarenfabrik in Burg bei Magdeburg befand sich auch einer von den Leuten, bei denen die Arbeitslust immer erst dann erwacht, wenn andere Leute in den Streit treten. Ich will durchaus nicht behaupten, daß jeder Arbeitswillige ein Lump sein muß, aber häufig sind das solche Elemente, die immer erst dann arbeiten, wenn es gilt, ihren Standesgenossen in den Rücken zu fallen. (Sehr wahr! bei den Soz.) Dieser Mann trug immer einen Revolver mit sich, obgleich ihm nichts geschahen war, und prahlte damit in Werkstätten. Eines abends stand er spät vor seiner Haustür und konnte nicht hinein, da er keinen Schlüssel mit hatte. Es kamen Arbeiter vorbei, die er gar nicht kannte, die mit dem Streik nichts zu tun hatten. Einer von diesen rief ihm zu: Du karst wohl nicht hinein, wir sollen Dir wohl helfen. Die Antwort lautete: Ihr habt wohl lange keine blauen Bohnen in einem gewissen Körperteil bekommen. Das verbat sich die Rente. Nun behauptet der Arbeitswillige, einer von den Arbeitern sei mit dem offenen Messer in der Hand auf ihn zugegangen. Diesem Arbeiter wurde vor Gericht das beste Lernzeugnis als ein sehr ruhiger Mann eingestellt. Auch wurde in seiner linken Hand eine ein geschlossenes Taschenmesser gefunden. Der Arbeitswillige hatte zwei Schläge abgeerntet, von dem einen war dieser Arbeiter getroffen, jedoch er nach kurzer Zeit starb. Der Staatsanwalt stellt sich auf den Standpunkt, der Arbeitswillige sei völlig glaubwürdig, er habe in vermeintlicher Notwehr gehandelt und wolle freigesprochen werden. Die Freisprechung erfolgte denn auch. (Hört, hört! bei den Soz.) Zwei

Zeugen, die unter ihrem Eide befunden, daß der Erschossene sich lediglich darauf beschränkt hatte, sich den Gebrauch gemeiner Reden zu verbitten, lehnte der Staatsanwalt mit Rücksicht auf geringe Widerprüche, die in der Verhandlung zutage getreten waren, ab, vor allem aber deshalb, weil sie Parteigenossen des Erschossenen seien. (Hört, hört! bei den Soz.) Das ist doch unerhört, daß zur Kennzeichnung einer solchen Argumentation sich kaum Ausdrücke finden lassen, die stark genug sind. Wie würde es irgend einer von Ihnen empfinden, wenn man ihm die Neigung zutrauen wollte, einen wissenschaftlichen Meineid zugunsten eines Parteigenossen zu leisten. In dieser Argumentation liegt auch eine große Gefahr. Es gibt zweifellos unter den Arbeitswilligen hohe und gewalttätige Elemente, und wenn diese sehen, daß sie strafflos sich die größten Ausschreitungen zu schulden kommen lassen dürfen, daß man den Zeugen der Gegenseite kein Wort glaubt, was sollen dann für Zustände bei uns in Deutschland eintreten. (Sehr richtig!) Solche Vorfälle geben uns das Recht, zu sagen, daß Richter und Staatsanwälte nicht immer — mehr sagen wir nicht — ihre Vorurteile bei Ausübung ihres Berufes zurückstellen. Das gibt uns das Recht, ja es legt uns die Pflicht auf, von einer Klassenjustiz zu sprechen. (Sehr wahr! bei den Soz.) Ich schließe mit der Hoffnung, daß es uns gelingen möchte, durch unsere Bestrebungen beizutragen zur Verminderung der Menschenopfer, über die unsere Rechtspflege hier hinweggeht. (Lebhafter Beifall bei den Sozialdemokraten.)

Bo 13 (3): Gewiß werden unverständliche Urteile gefällt; aber solche Klagen werden auch nicht verschwinden, wenn die „weltfremden“ Richter ersetzt würden durch ihre berufenen oder unberufenen Kritiker. Unser Richterstand ist zu gesund, als daß ihm eine solche Kritik schaden könnte. Redner regt eine Revision des Gesetzes über die Gesellschaften mit beschränkter Haftpflicht an, um schwindelhaften Unternehmungen das Handwerk zu legen.

Hierauf vertagt das Haus die Weiterberatung auf Dienstag 1 Uhr (vorher kurze Anfragen und namentliche Abstimmungen).

Schluß 6¼ Uhr.

Versammlung der Bürgerschaft.

b. Cübeck, 10. Februar.

Der Wortführer Dr. Görg eröffnet die Sitzung um 6 Uhr 25 Minuten. Er ersucht um baldige Einbringung des Kommissionsberichts betr. die bessere Fahrverbindung nach dem Privatwall. — Dieser Bericht liegt bereits gedruckt vor.

Ziele drückt seine Vermunderung über die lange Pause seit der letzten Bürgerschaftsversammlung aus und fragt, welche Kommissionsberichte denn zuerst beraten werden sollen.

Dr. Görg: Als erster wird der Theaterbericht erörtert. Die Wasser- und Elektrizitätsfrage wird wahrscheinlich mit dem Budget beraten werden.

Der Senat ist mit dem Vorschlag des Wortführers für die nächsten Bürgerschaftssitzungen einverstanden.

Aug. Wape ersucht, die Warenhaussteuer nicht am nächsten Montag zu beraten, weil dann der Handelstag stattfindet.

1. Antrag: Weitere Verstärkung des Ausschusses XIX der Ausgaben der Voranschlags für das Rechnungsjahr 1912.

Dr. Ziehl weist auf das bereits abgegangene Budget hin. Mit den Vorklagen könne man aber nichts anfangen, weil den Bürgerschaftsmitgliedern die Unterlagen fehlen. Ihm stehe bei solcher Handhabung tatsächlich der Verstand still. Die gesamten Verwaltungsberichte hätten nur einen Wert, wenn sie bald nach Jahresablauf zugehen. (Zuruf: Stellung: Sehr richtig!) Der neue Modus hat also keinen Wert, der Senat muß wieder andere Wege beschreiten. Dem nur mit der Kenntnis der Verwaltungsberichte können die Bürgerschaftsmitglieder sich ins Budget vertiefen. Soffentlich streicht die Kommission noch manches von den Summen. Über die heutige große Bürgerschaftsversammlung läßt sich Redner ebenfalls ungnostig aus. In dieser Weise könne es nicht mehr weiter gehen. Es herrsche unter den Bürgerschaftsmitgliedern große Mißstimmung über die ihnen zuteil gewordene Behandlung. Angenehm sei es nicht, über diese Sachen zu reden. Der Senat sollte hier eine Änderung eintreten lassen.

Senator Dr. Fehling: Die Verständigung erfolgt stets mit dem Wortführer. Es waren eher Sitzungen angefaßt, sie konnten aber nicht abgehalten werden. Im übrigen sind Dr. Ziehls Ausführungen über die fehlenden Verwaltungsberichte völlig richtig, der Senat bedauert deren späte Herausgabe ebenfalls.

Dr. Hartwig gibt die Gründe dieses Zögerns bekannt, die den Gesamtbericht nicht vor acht Tagen fertigstellen lassen.

Senator Dr. Fehling wird den Wunsch der Bürgerschaft dem Senat mitteilen.

Lippert widerspricht Dr. Ziehls Vorschlag. Die heutige Behandlung sei ein Stück Verwaltungsreform, zum alten System dürfe man nicht zurückgehen.

Dr. Hartwig spricht sich zugunsten des Gesamtberichts aus, weil Teilberichte doch leicht verlegt werden und abhandeln können.

Der Senatsantrag wird hierauf angenommen.

2. Antrag: Herstellung einer Gleisverbindung nach dem Grundstück der Firma Aktiengesellschaft Stanz- und Emaillewerke vorm. Carl Ziehl u. Söhne.

Aug. Wape hat nichts dagegen, daß der Firma der Gleisanschluss auf Staatskosten hergestellt wird, wünscht aber, daß auch den andern Firmen entgegengekommen wird. Hauptächlich denjenigen in der Moisklinger Allee sollte unter Benützung der Straßenbahngleise das Material herangeholt werden. Die Stellung der Wagen läßt sehr zu wünschen übrig. Hier müßte ein gewisser Druck ausgeübt werden.

Senator Dr. Lienau: Eine Beschwerde ist allerdings bei der Verwaltungsbehörde eingegangen und an die Cübeck. Büchener Bahn weitergegeben worden. Diese erklärte es für unmöglich, so frühzeitig Wagen stellen zu können.

Der Senatsantrag wird angenommen.

3. Antrag: Ausbau der verlängerten Cübeckstraße bis an die Zufahrtstraße zum Bahnhof.

Ziele weist auf die schlechten Zustände der Dorfstraße, Schönböckener Straße und Klappenstraße hin und wünscht endlich Abhilfe.

Der Senatsantrag wird angenommen.

4. Antrag: Überlassung eines Grundstücks an der Moisklinger Allee an die St.-Vorenz-Kirchengemeinde.

Aug. Wape findet nicht, daß dieser Platz besonders zentral gelegen ist. Verfehrt sei es überhaupt, die Kirche an die größte Verkehrsstraße zu legen. Man müsse auf die spätere Bedienung mehr Rücksicht nehmen. Ein Geschäft mache der Staat bei diesem Austausch nicht.

Senator Dr. Lienau verteidigt den vorgesehene Platz und Senator Wape den Preis des Platzes.

Wape bezweifelt die Notwendigkeit einer neuen Kirche. Diese seien Sonntags nicht gerade überfüllt. Es sei durch-

aus nicht nötig, daß der Staat herangezogen werde. Dieser habe keine Verpflichtung, Kirchen zu errichten. Die Lübecker Kirchen seien groß genug, um die Besucher zu fassen und die Kirchspiele hätten keinen übermäßigen Umfang.

Senator Dr. Lienau: Ein Kirchbau ist vorderhand nicht beabsichtigt, nur ein Pfarrhaus.

Rahns glaubt, wenn Höger in die Kirche gehen würde, müßte er seine Anschauung von der knappen Besucherzahl revidieren.

Der Senatsantrag wird angenommen.
5. Antrag: Wahl eines Platzes für den Bau eines Schulgebäudes für die Freeseische Schule.

Prof. Dr. Grube, als Verfasser des Kommissionsberichts, empfiehlt den Platz an der unteren Johannisstraße, unterhalb des Johanneums als den geeignetsten. Eine Vergrößerung der Hauptfeuerwehr werde dadurch nicht unterbunden. Redner ersucht um Zustimmung zu diesem Antrag.

Schöb, Vertreter der Minderheit der Kommission, erklärt, daß die Schulhoffrage beim Falkenplatz vollkommen dem Geforderten entspreche. Kein Schulhofplatz würde so groß sein. Deshalb sollte man beim Senatsvorschlag bleiben.

Lippert: Der Schulhof wird nur groß genug, wenn die Hausfront bis an die Straßenflucht vorgeückt würde. Den Anwohnern der Falkenstraße würde man diese Vergünstigung nicht gewähren.

Senator Dr. Vermehren verteidigt den Falkenplatz. Der einzige Einwand, der Spielplatz würde zu klein, sei glänzend widerlegt. Die Mehrheit der Kommission habe einen Platz vorgeschlagen, der wegen der Hauptfeuerwache nicht in Betracht kommen könne. Man könne heute nicht übersehen, ob er doch noch für die Vergrößerung der Hauptfeuerwache gebraucht werde. Wenn der Platz, den die Mehrheit vorschlägt, angenommen wird, dann sind wir genau so weit wie am 31. Oktober. Der Schulbau ist beschlossen und der Platz dafür ist nicht vorhanden. Fr. Freese kann dann ihre Schule nicht mehr zusammenhalten. Eine Staatschule würde uns viel teurer zu stehen kommen.

Dr. Gilbert tritt für den Falkenplatz ein. Selbst wenn man den Platz um 400 Quadratmeter verkleinern würde, hätte man noch so viel Raum wie in der Erneimenschule.

Dr. Wegke bedauert, daß St. Lorenz mit den höheren Schulen so hintangestellt wird. Er wünscht das Oberrealschulgebäude möglichst in die Nähe von St. Lorenz gerückt.

Senator Dr. Vermehren sagt Berücksichtigung beim eventuellen Bau einer zweiten Realschule zu.

Lippert: Unser gesamtes höhere Knabenschulwesen ist in die nordöstliche Ecke der Stadt gedrängt. Beim Volksschulwesen folgt man doch mehr dem praktischen Ziele. Die Ausführungen von Herrn Dr. Wegke sind zu beachten. Fr. Freese hätte eben so lange warten müssen, bis alles geklärt gewesen wäre. Es wäre endlich an der Zeit, einmal die gesamten noch zu errichtenden Gebäude zu prüfen, um etwas Ganzes zu schaffen. Würde der gesamte Platz für die Hauptfeuerwache reserviert, wäre er größer, als Berlin und Hamburg Plätze für diese Zwecke besitzen.

Senator Dr. Fehling wundert sich über die Ausführungen des Vorredners, der als sonst praktischer Mann so unpraktische Vorschläge mache. Die Bürgerschaft solle sich endlich für den Falkenplatz entschließen.

Prof. Dr. Grube verteidigt die positive Arbeit der Kommission, die nicht verantwortlich dafür zu machen sei, wenn der Senat ihrem Beschlusse nicht zustimme. Mit der Oberrealschule stimmt Redner Dr. Wegke zu, dessen Ersuchen um nochmalige Prüfung der Frage die Bürgerschaft zustimmen sollte.

Senator Dr. Vermehren: Fr. Freese konnte ein gutes Geschäft mit dem Verkauf ihres Hauses machen, und ich möchte den sehen, der einem solchen aus dem Wege ginge. Wandtke: Der Vorschlag der Kommission ist von vornherein vom Senat abgelehnt worden, einen andern praktischen Vorschlag hat sie nicht gemacht. Der Falkenplatz unterliegt nicht der Vorkaufsfrist der Bauaufsicht. Was Herr Dr. Wegke wünscht, ist schon alles gründlich beraten, es liegt kein Grund vor, seinem Wunsche zu willfahren.

Scharff: Im beratenden Sinne ist in der Kommission eine Mehrheit für den Falkenplatz eingetreten. Alle Gründe gegen den Falkenplatz sind schon in der Bürgerschaft hervorgetreten und wurden in der Kommission wiederholt. Der Versuch, die Oberrealschule nach St. Lorenz zu verlegen, ist aussichtslos. Der Verteidiger dieser Ansicht hat nicht einmal einen Platz dafür angeben können.

Dr. Ziehl: Zwei Kommissionen haben sich einstimmig für den Platz der Oberrealschule in der unteren Johannisstraße ausgesprochen. Da ist eine Umänderung des Beschlusses unmöglich. Durch solche Zwischenfälle wird nur die beanstandete Schwerefalligkeit unserer Verhandlungen bezeugt. Die Bürgerschaft hätte in der Kommission zugegen sein sollen, sie hätte noch nie so schlagende Beweise für Begründung des Senatsantrages gehört, wie sie dort gefallen sind.

Aug. Bape: Wenn eine Kommission eingesetzt wird, hat sie so zu stimmen, wie sie es für gut findet, einerlei ob es dem Senat paßt oder ob sie dessen Mißfallen erhält. Die Hauptfeuerwache hat die ungünstigste Lage, die man sich denken kann. Eine Vergrößerung kann eventuell in St. Lorenz in Frage kommen. Am Holschuppen, am neuen Segeberger Bahnhof usw. sind Plätze für die neue Oberrealschule genügend vorhanden, sie müssen nur immer St. Lorenz noch zu Lübeck zählen. In der Kommission waren die Befürworter des Senatsvorschlages eben Nullen. Wenn wir endlich die Vorkaufsfrist aufheben würden, gäbe es Platz sowohl in den Knaben- wie Mädchenschulen. Wenn man von Privaten verlangt, daß sie die Bauvorschriften innehalten, muß der Staat auch so handeln. Der Falkenplatz ist vor dem Eigentümer der einzige Spielplatz für die Minderbemittelten, er sollte auch erhalten bleiben.

Wandtke erklärt, daß nur praktische Erwägungen ihn für den Falkenplatz stimmen ließen. Man sollte den „Spielplatz der ärmeren Kinder, auf dem ein Schulhaus für bessere Kinder“ errichtet werden soll, wie sich Herr Bape ausdrückt, nicht als Trumpf ausspielen.

Zielel wendet sich wiederholt gegen den Falkenplatz und fragt, wo denn dort noch weitere Spielplätze vorhanden seien.

Bunck bittet um nochmalige Prüfung, auch in Hinblick auf die Decenträchtigung des Städtebildes, die erfolgen werde.

Dr. Ziehl: Die Ansichten darüber sind verschieden. Baurat Mühlenport und Architekt Schöb haben sich gegenteilig ausgesprochen.

Schöb: Eine Decenträchtigung wäre nur zu befürchten, wenn der Platz in der Mitte der Straße liegen würde.

Aug. Bape betont nochmals, daß es nicht angebracht sei, freie Plätze für Schulbauten zu verwenden.

Lippert versucht wiederholt, den Falkenplatz in seiner jetzigen Anlage zu retten.

Die Abstimmung wird angefordert, beim zweitenmal wird der Kommissionsantrag, das Gebäude in der Johannisstraße unterhalb des Johanneums zu errichten, abgelehnt, der Senatsantrag mit 56 gegen 44 Stimmen angenommen.

Dr. Wegke richtet das Ersuchen an den Senat, den Beschluß des Platzes für die neue Oberrealschule einer Revision zu unterziehen und einen Platz in der Vorstadt St. Lorenz zu wählen. Dieses Ersuchen wird abgelehnt.
6. Antrag: Abänderung der Verordnung, die Gefindepfandkassette bet.

Ulbers bringt Klagen über unhöfliche Behandlung der Kranken vor.

Der Senatsantrag wird angenommen.

7. Antrag: Hebung der Stelle des Werkbeamten und des Hauptpolizeingenieurs, Errichtung der Stelle eines Gewerbeaufsichtsbeamten.

Zielel gibt seine Genugtuung kund, daß die Kommission dem Senatsantrag im ersten Teil zustimmt. Sollte der Posten des Werkbeamten später anderweitig vergeben werden, werde auch wieder auf praktische Erfahrung in erster Linie gesehen werden müssen. Ein höherer Gehalt sei notwendig, wenn Nebenbezüge genommen würden. Den leitenden Beamten der Staatswerkstätte müsse man von der Kesselrevision entlasten. Redner wendet sich gegen den zweiten Teil der Vorlage, der einen Gewerbeaufsichtsbeamten im Hauptamt fordert. Die Lübecker Industrie sei noch nicht so weit entwickelt oder werde sich in absehbarer Zeit nicht so weit entwickeln, daß sich ein besonderer Beamter notwendig mache. Die Industrieabteilung der Gewerkekammer werde sich ebenfalls dagegen. Die Senatsvorlage schreibe nur 4000-8500 Mk. Gehalt vor. Für die zu übertragenden Kesselrevisionen erweiterten sich die Unkosten bis auf 13000 Mark, denn man müsse doch einen Herrn in reiferen Jahren nehmen; dann müsse ein Bureau mit Hilfsbeamten errichtet werden. Die vorgesehene Einnahmen von etwas über 4000 Mk. seien nicht sicher. Augenblicklich sei es unnötig, von dem bewährten Zustand abzuweichen. Auch von der Arbeitnehmern würde kein Standpunkt geteilt werden, denn bisher seien Beschwerden über die Tätigkeit des bisherigen Gewerbeinspektors von seiner Seite nicht hervorgetreten. Ein Gewerbeinspektor im Hauptamt hätte nicht genug Beschäftigung, ebenso wenig ein Beamter nur für Kesselrevisionen. Zu empfehlen wären Kesselrevisionsvereine, wie sie in Deutschland vielfach bestehen. Der Altonaer Verein wäre gerne bereit, hier seine Tätigkeit zu entfalten und zwar zu den gleichen Sätzen, die Preußen bezahlt. Auch die Revision der Kraftfahrzeuge und elektrischen Anlagen würde er im Auftrage des Staates übernehmen. Ein solcher Verein könnte viel mehr bieten als ein einzelner Beamter. Redner ersucht, von der Anstellung des Beamten abzusehen und empfiehlt, die Punkte 2 und 4 an eine Kommission zu überweisen.

Senator Dr. Neumann ist erstaunt, von einem Vertreter der Industrie eine Befämpfung dieses Antrages hören zu müssen. Aus der Mitte der Bürgerschaft sei der Wunsch eines selbständigen Gewerbeaufsichtsbeamten öfters ausgesprochen worden. Der Senat sei dem nur nicht beigetreten, weil finanzielle Schwierigkeiten dahinter gestanden hätten. Die Reichsgesetze verlangten einen solchen Beamten, und unsere Industrie habe in den letzten Jahren einen großen Aufschwung genommen. In den letzten Jahren stieg die Zahl der in gewerblichen Betrieben beschäftigten Arbeiter um 54 1/2 Proz. Bei dieser Entwicklung könne die Handdeputation die Kesselrevision nicht mehr übernehmen. Der Norddeutsche Kesselrevisionsverein habe schon vor 8-10 Jahren Verhandlungen angebahnt. Diese hätten sich der hohen Kosten wegen zerschlagen. Eine große Zahl Interessenten hätte sich ja bekanntlich diesem Verein nicht angeschlossen und die staatliche Aufsicht für besser angesehen. Heute wären die Forderungen dieses Vereins noch unangenehmer. Eine Ordnung der Dinge im Rahmen unserer Behörde ist durchaus vorteilhafter. Unberufene Ratgeber haben sich anonym an die Bürgerchaftsmitglieder gewandt. Auf solche Zusendungen wird die Bürgerschaft gewiß nicht eingehen. Notwendig ist es, zwei Beamte zu den Kesselrevisionen heranzuziehen. So ist es also jetzt an der Zeit, einen Gewerbeaufsichtsbeamten anzustellen, denn durch die Kesselrevisionen wird so viel eingeht, daß ein bedeutender Teil der Kosten bestritten wird. Die Gesamtkosten werden etwa 10000 Mk. betragen und erst steigen, wenn der Beamte die Höchstkasse erreicht. Dazu 9700 Mk. werden durch Einkünfte und Ersparungen auf der andern Seite gedeckt; das ist bereits unser ganzer Aufwand für die Neugestaltung. Eine Kommissionsberatung wird an dem Ergebnis nichts ändern können, zudem eine solche im Bürgerausschuß schon verhandelt hat. Es muß endlich ein Abschluß in dieser Geschichte stattfinden, die seit zwei Jahren beraten wurde.

Löwig: Ich befinde mich in der ebenso seltenen wie angenehmen Lage, mit dem Senatskommissar übereinzustimmen. Im Gegensatz zu Herrn Zielel halte ich die Anstellung eines Gewerbeaufsichtsbeamten für durchaus notwendig. Wir haben Bedenken gegen die hier geplante Häufung von Ämtern, weil wir glauben, daß dadurch die Tätigkeit des Beamten in der Gewerbeaufsicht beschränkt wird, also in einer Tätigkeit, die das Hauptamt bilden soll. Herr Zielel hat darauf hingewiesen, daß die Industrieabteilung der Gewerkekammer sich gegen diesen Antrag ausgesprochen habe. Ich habe vergebens auf triftige Gründe für diesen ablehnenden Standpunkt gehandelt. Nur finanzielle wurden angeführt. Das ist ja richtig, wenn die Industrieabteilung der Gewerkekammer der Stadt 13000 Mark ersparen will. Diese Sparsamkeit ist aber bei anderer Gelegenheit besser angebracht. Nach den Ausführungen des Herrn Zielel komme ich zu dem Schluß, daß hier doch wohl andere als die vorgetragene Gründe bei den Industriellen für die Ablehnung des Gewerbeaufsichtsbeamten im Hauptamt maßgebend sind. In der Hauptsache spricht für die Haltung der Gewerkekammer wohl die Tatsache, daß ein Teil Industrieller es nicht gern sieht, wenn der Gewerbeinspektor recht häufig im Betrieb erscheint. Das halten wir allerdings für die Hauptaufgabe, daß er nachschaut, ob alles in Ordnung ist. Wer die Berichte des Gewerbeaufsichtsbeamten verfolgt, wird wissen, daß die Zahl der Revisionen und die Häufigkeit der Besichtigungen zu wünschen übrig läßt. Viele Betriebe werden nur selten, eine ganze Reihe gar nicht besichtigt. Dieser Zustand ist auf die Dauer nicht haltbar. Deshalb hat der Senatskommissar recht, wenn er anföhrt, daß schon sehr lange beim Budget der Wunsch ausgesprochen worden sei, es müsse ein Ausbau der Gewerbeaufsicht stattfinden. Wir schütteln uns diese Forderung nicht aus den Ärmeln, sie ist uns aus weiten Kreisen der Arbeiter oft entgegengebracht worden. Damit ist Herrn Zielels Ansicht widerlegt, daß die Arbeiter mit dem jetzigen System zufrieden sind, wenn die Arbeiter sich auch der Ansicht nicht verschließen, daß der bisherige Gewerbeaufsichtsbeamte sich seiner Aufgabe nach besten Kräften entledigt hat. Es wurde aber die Beobachtung gemacht, daß die Zeit für den Gewerbeaufsichtsbeamten nicht so bemessen war, wie sie im Interesse der Arbeiter, die ihre Knochen hergeben, wünschenswert gewesen wäre. Jedenfalls ist die Unfallziffer recht erheblich; mit der Entwicklung der Industrie wird sich die Unfallziffer auch steigern. Deshalb ist es zwingend notwendig, diesen Posten zu bewilligen. Es ist durchaus kein bewährter Zustand, wie Herr Zielel es darstellt. Es wurde auch gesagt, der Gewerbeinspektor würde nicht genügend Arbeit vorfinden. Ich bin anderer Ansicht. Wenn er nur als Gewerbeinspektor tätig sein wird, wird er schon recht viel Arbeit haben und segensreich wirken können. In bezug auf die Kesselrevisions-

vereine habe ich den Wunsch, es möge bei dem bisherigen Zustand bleiben. Wir sind der Meinung der Kommission, Unklarheiten bestehen nicht. Soweit sind wir mit dem Senatskommissar einverstanden; im vierten Punkte jedoch nicht, daß man dem bisherigen Gewerbeinspektor eine persönliche Zulage für entgangene Nebenverdienste gewähren soll. Er hat für seine Tätigkeit Bezahlung erhalten, die er neben seiner Haupttätigkeit ausbeißt hat. Es wurde immer gesagt, daß er als Inspektor des Elektrizitätswerks voll beschäftigt gewesen sei. Wenn das richtig ist, hat er 1800 Mk. bekommen für Arbeiten außerhalb seiner eigentlichen Tätigkeit. Fällt diese Arbeit weg, haben wir keine Veranlassung, ihm eine besondere Zulage zu gewähren. Auch andern Beamten wurde der Nebenverdienst genommen, der Gewerbeinspektor muß sich also ebenfalls damit abfinden. Dafür schon er seine Arbeitskraft und das kommt seiner Gesundheit zugute, indem er hoffentlich einige Jahre länger lebt, was ich ihm gern wünsche. (Sebh. Beifall bei den Sz.)

Dr. Wegke kann nicht einsehen, wenn der Beamte angestellt wird, daß dieser ein höheres Gehalt bekommen soll, als sein Kollege in Preußen. Die Gewerbeinspektion sollte mit dem Polizeiamt auch nicht verquickt werden. Wenn das Reich uns eine Veranlassung mit dem Gewerbeinspektor gewähre, sollten wir diese ausnützen. Senator Dr. Neumann habe erst 1911 betont, daß bei uns in Lübeck mehr revidiert werde als im übrigen Deutschland. Die Bürgerschaft sollte endlich einmal sparen und Beamte, die nicht unbedingt nötig seien, ablehnen.

Lippert: Die Kommissionsmitglieder haben reiflich und objektiv geprüft, was man von Herrn Zielel nicht sagen kann. Der Gewerbeinspektor hat auch in der Beförderung reichliche Tätigkeit und nicht nur mit Revisionen zu tun. Die vielen neuen Reichsgesetze in dieser Hinsicht erfordern einen Mann, der sich voll der Arbeit widmen kann. Die Erledigung der Geschäfte wird sich in Zukunft besser gestalten, wenn der Gewerbeaufsichtsbeamte mit dem Polizeiamt verbunden ist. Den Kesselbesitzern ist es bedeutend angenehmer, wenn sie ihre Kessel staatlich revidiert bekommen können, als vom Revisionsverein, dessen Beamter erst von Hamburg kommen muß.

Zielel bittet Löwig, seinen Ausführungen keine andern Motive unterzulegen, als wie sie ausgesprochen seien. Augenblicklich seien wir in der Gewerbeinspektion gut beraten, besser fahren würde man beim Senatsantrag nicht. Ein eigener Kesselrevisionsbeamter treibe viele Besizer in den Revisionsverein.

Schwabroch ist gegen die Anstellung eines Gewerbeinspektors. Nicht alle Wünsche könne man erfüllen, die bei der Budgetberatung gestellt würden. Der heutige Zeitpunkt gestatte keine Beamtenvermehrung. Berechtigte Klagen über ungenügende Gewerbeinspektionen seien nicht bekannt geworden.

Dr. Wegke verliert eine Auslassung, die gegen die Verbindung des Gewerbeaufsichtsbeamten mit dem Polizeiamt spricht und lobt die Kesselrevisionsvereine.

Loose wendet sich aus finanziellen Gründen gegen die Vorlage.

Neuner: Wenn nicht ganz bestimmte Gründe vorliegen, stimme ich gegen jede weitere Beamtenanstellung. Heute abend ist nichts vorgebracht worden, was gegen die Kesselrevisionsvereine spricht. Mit unserer Gewerbeinspektion können wir zufrieden sein. Ein Beamter, der nur nach Schema F. arbeitet, können wir hier nicht brauchen. Der bisherige Aufsichtsbeamte hat Vor- und Nachsicht walten lassen und wir sind gut dabei gefahren.

Dr. Ziehl: Ich bin Gegner der Vorlage. Die Gründe, die ich anführe, wenden sich auch gegen drei weitere Vorlagen. Und zwar angesichts des schlechten Budgets. Es ist seit 18 Jahren, denen ich der Bürgerschaft angehöre, das schlechteste. Ich habe nicht daran gedacht, daß Lübeck noch eine Steuer auf das Wasser legt. Um endlich eine Verwaltungsreform zu bekommen, müssen alle derartigen Vorlagen abgelehnt werden. Unsere Verwaltung kann durchweg einfacher gestaltet werden. Würden die Banken so viel Beamte beschäftigen, könnten sie keine Dividenden bezahlen. Um endlich eine Reform zu bekommen, müssen wir alle derartigen Anträge ablehnen. Wenn der Senat keine Änderung eintreten läßt, muß es die Bürgerschaft tun. Gerade jetzt nimmt die Öffentlichkeit das regste Interesse an den Verhandlungen.

Senator Dr. Fehling hält den Standpunkt des Vorredners für ungerecht, im gewissen Sinne mit der Verfassung nicht vereinbar. Man solle ja nicht glauben, daß mit der Verwaltungsreform große Ersparnisse erzielt würden.

Senator Dr. Neumann: Der Senat hat die Verpflichtung, wenn etwas notwendig ist, diese Forderungen der Bürgerschaft vorzulegen. Es handelt sich hier nicht darum, dem Senat eine Niederlage zu bereiten, sondern es geht hier um das Interesse Lübecks. Selbst in schwierigen Zeiten muß an einzelne Fragen hergegangen werden, die sich nicht umgehen lassen. Redner wendet sich gegen die bisher gemachten Einwendungen und führt andere Staaten an, die verhältnismäßig mehr Gewerbeaufsichtsbeamte hätten wie Lübeck. Mit den Leistungen des bisherigen Gewerbeaufsichtsbeamten könne man durchaus zufrieden sein, aber die Verhältnisse seien so stark verschoben worden, daß die Arbeit im Nebenamt nicht mehr ausgeführt werden könne.

Lippert: Kesselrevisionen sind nicht die Hauptsache, sondern die Betriebsrevisionen. Die Einwendungen können nicht gegen die Vorlage sprechen. Die Verallgemeinerungen Dr. Ziehl sind unangebracht.

Löwig: Wir erheben hier heute eine bemerkenswerte und in der Hauptsache bedauerliche Debatte. Das eine zeigt sich wieder: wenn wirklich einmal vom Senat etwas für die Arbeiter getan werden soll, wie hier bei der Verbesserung des Arbeiterschutzes, dann ist sich die Bürgerschaft darum einig, daß gespart werden muß. Als es sich seinerzeit um die Verschlechterung der bestehenden Volksschule handelte, von der auch die minderbemittelte Bevölkerung getroffen wurde, da war die Bürgerschaft auch der Meinung, daß gespart werden solle; es ging ja gegen die Arbeiter. Es ist das ja konsequent von Ihnen, aber gerade diese Konsequenz ist sehr bedauerlich. (Sebh. Sehr richtig! bei den Sz.) Neuner führte an, er sei in Städten gewesen, wo die Gewerbeaufsicht schlechter bestellt gewesen sei als in Lübeck, die Unfallverhütung kaum beachtet werde. Wollen Sie sich das zum Muster nehmen? Wir wollen doch einen Schritt vorwärts tun. Die Bürgerschaft muß diese Vorlage genehmigen, die Ihnen so wenig Geld kostet. Und wenn Sie im Herzen auch anders denken, sollten Sie sich doch nach außen hin den Anschein geben, einmal für die Arbeiter etwas tun zu wollen, die sich bei der Arbeit mit ihrem Körper den größten Gefahren aussetzen. Aber die Mehrheit der Bürgerschaft hat eben für die Arbeiterschaft gar nichts übrig. Die Kostenfrage ist durch die Senatsantwort erledigt, sie ergibt, daß nennenswerte Ausgaben nicht entstehen, sie werden durch die Einnahmen nahezu gedeckt. Die Ersparungsgründe fallen in nichts zusammen. Herr Dr. Ziehl hat angeführt, wo er sparen will. Wir werden es ihm auch sagen, und zwar gleich im folgenden Antrag (Öffentliche Rechtsauskunftstelle. D. Berichterst.) werden wir anfangen. Folgen Sie den Ausführungen des Senats, nehmen Sie im Interesse des weiteren Schutzes von Leben und Gesundheit der Arbeiter die Vorlage an. (Beifall bei den Sz.)

Hug. Bape: Die Vorlage ist nicht nur dazu da, um die Rechte der Arbeiter zu wahren. Man kann dem bis-herigen Gewerbeinspektor nicht nachsagen, daß er die Rechte nachlässig gehandhabt hat. Wenn der Senat die Bekämpfung staatlicher Rechte für sich in Anspruch nimmt, kann es auch die Bürgerchaft durch Ablehnung der Vorlage. Ich lehne die Vorlage ab, bis wir eine Revision der Verwaltung haben.

n. Schad: Solange nicht eine gemeinsame Kommission zur Prüfung der Verwaltungsreform eingesetzt wird, lehne ich jeden weiteren Vorschlag ab. Der Staatswagen strotzt noch lange nicht, ob ein Dutzend Beamte ihn hält oder schiebt. Es muß endlich eine gemeinsame Kommission zur Prüfung der Verwaltungsreform gebildet werden. Die Mitglieder der Budgetkommission machen tüchtige Streichungen, doch das ganze Defizit wird nicht ausgeglichen werden können. Die Einkommensänderungen werden für die nächsten Jahre vor- voraus. Es sind zahlreiche Vorschläge vorgelegt. Sozialpolitisch zu sprechen, wie Herr Löwigt, ist wohl gut, aber damit macht man keine Sozialpolitik. Wir tun gerne etwas für die Arbeiter und den „vierten“ Stand, aber es geht nicht so leicht. Dr. Ziehls Ausführungen werden allgemein Wider- hall finden.

Senator Dr. Fehling hält seine vorherige Auffassung aufrecht.

Dr. Ziehl: Meine Ausführungen waren sehr wohl überlegt. In der Vorversammlung hatte ich vollen Beifall gefunden, es handelt sich also nicht um eine extemporierte Rede. Wir müssen der Sache klar ins Auge sehen, damit wir wieder mal eine sichere Finanzpolitik bekommen, ohne die Steuerzahler zu sehr zu belasten. Unser vorgelegtes Budget drängt zu größter Vorsicht. Ich habe stets die Strukturvorlagen des Senats unterstützt. Jetzt hängt das weitere Wohl damit zusammen, wie wir unsere Finanzen gestalten. Der Senat sollte sich mal wie der Kalfj in Konstantinopel verhalten und im Volke herumhören, dann würde er ein ganz anderes Gesicht machen über die Wirkung seines Budgets und der Steuerentlastungen. Die Bürgerchaft sollte diese Vorlagen so lange ablehnen, bis eine Milderung eintritt.

Senator Dr. Fehling wiederholt bestimmt seine vorherige Aussage, nach der es ungerecht sei, wenn Herr Dr. Ziehl so lange jede Bewilligung hintanzustellen wolle, bis die Verwaltungsreform beendet sei.

Ziehl erwidert Löwigt, der Senatsvoranschlag biete den Arbeitnehmern kein größeres Interesse wie der bisherige Zustand und ersucht um Kommissionsberatung.

Ziele: Nach den vorzüglichen Ausführungen des ersten Redners hätte der Antrag sofort abgelehnt werden müssen. Die Unkosten betragen 16 000 Mk., das können unsere Finanzen nicht vertragen. Die Arbeitgeber und -nehmer kommen durch die Vorlage nur unter polizeiliche Bevormundung.

Der Antrag Ziels, die gesamte Vorlage einer Kommission zu überweisen, wird angenommen. Schluß 10 Uhr 50 Min.

Aus der Partei.

Prozesse im Monat Januar 1913. Im letztverflossenen Monat sind achtzehn gegen unsere Redakteure anhängig gemachte Prozesse mit einem abschließenden Urteil bekannt geworden. Das Resultat ist folgendes: 2005 Mark Geldstrafe, 2 Wochen Gefängnisstrafe und 5 Tage Untersuchungshaft; in zwei Fällen kam es zur Einstellung des Verfahrens und in einem Fall wurde die Klage endgültig abgewiesen. Die höchste Geldstrafe war 700 Mk., die niedrigste 20 Mk. Im Monat vorher (Dezember 1912) wurden in 17 Prozessen 17 Monate Gefängnis- und 1240 Mk. Geldstrafen verhängt.

Aus Nah und Fern.

Ein entmenschter Vater, der seine beiden Kinder erstickt und verbrannt hat, wurde von der Kriminalpolizei in der Person des 22 Jahre alten Schlossers Gerhard Baermwald aus der Urbanstraße in Berlin verhaftet. Die Braut des Verhafteten und Mutter der Kinder, die 23-jährige Näherin Elise Schröder, wurde gleichfalls verhaftet, aber wieder auf freien Fuß gesetzt. Baermwald gestand die beiden Verbrechen ein. In dem Ofen der Wohnung, in dem er die beiden Leichen verbrannte, fand man noch einige Knochenüberreste des zuletzt getöteten Kindes.

Liebestragödie am Gardasee. Im Grandhotel Fasano in Gardone hat sich ein Liebesdrama abgepielt. Die 26-jährige Baroness Hollenriegler aus Graz hat sich in ihrem Zimmer infolge von Streitigkeiten mit ihrem Bräutigam in dessen Weisheit erschossen. Sie hinterließ sieben versiegelte Briefe an ihre Verwandten und hatte den Selbstmord schon längere Zeit geplant.

Ein Regierungsauffeher verhaftet. Nach einer Meldung des „Verl. Tagebl.“ aus Rostin (Pommern) wurde dort der Regierungsauffeher E. verhaftet, der bis Mitte Dezember v. J. als juristischer Hilfsarbeiter beim Polizeipräsidenten in Kiel tätig war. Dort sollen Akten über eine Landesverratsaffäre verschwunden sein. Dieser Liebesdiebstahl wird dem Auffeher zur Last gelegt, der eine hohe Summe dafür eingekauft habe.

Untergang von Scotts Südpol-Expedition? Nach einer Depesche aus GLOBE auf Neuseeland erreichte Kapitän Scott den Südpol am 18. Januar 1912. Auf ihrer Rückkehr zur Basis wurde die Expedition in einem Schneesturm verstreut. Scott und seine Begleiter sind ums Leben gekommen. Eine anderweitige Bestätigung dieser Nachricht liegt noch nicht vor.

Straßenkravall. Als am Sonntag abend in Welsch bei Dirschau mehrere Arbeiter, die während der Streikzeiten in einem Gasthof dieses demolierten, auf dem Marktplatz verhaftet werden sollten, stürzten etwa 50 bis 60 Mann auf den erschienenen Gendarmenwachmeister und den Amtsdienner. Die Beamten zogen den Säbel, wurden jedoch mit Füßen getreten. Der Amtsdienner erhielt einen Messerhieb. Als die Menge weiter auf die Beamten eindrang, mußte der Gendarmenwachmeister, nachdem er seine Angreifer vergeblich gewarnt hatte, von der Schutzwaffe Gebrauch machen, wobei er den Danziger Neuesten Nachrichten zufolge, die beiden Hauptexzedenten, den Arbeiter Heron und seinen Schwager erschoss. Ein dritter, ein Bruder Herons, erlitt schwere Säbelhiebe.

Die spanischen Schatzgräber. Die Madrider Polizei hob eine große Schwindlergesellschaft, die sog. Schatzgräber, auf, die halb Europa mit ihren Schwindelbriefen brandschafften. Ihr Chef war ein gewisser Rico, Besitzer von vier Häusern, die mit geheimen Türen, Gängen und Verstecken versehen sind, um Hausfuchungen unwirksam zu machen. Die Bande operierte seit acht Jahren in großem Stille. Sie ließ sich, um Entdeckungen zu vermeiden, die Telegramme an Dekadereisen schicken. In ihrem Dienste standen auch acht Depeschenteiler des Telegraphenamts. Ricos Helfer waren u. a. sein Vater und sein Bruder. In Bilbao, Saragoña, Sevilla und anderen Großstädten bestanden Filialen. Bis her wurden 15 Personen verhaftet.

Verantwortlicher Redakteur: Johannes Stelling. Verleger: Th. Schwarz. Druck: Friedr. Meyer & Co. Sämtlich in Lübeck.



Sparsen hilft

Achtung vor Nachahmungen!

MAGGI'S Würze

mit dem Kreuzstern

Die dünnste Wassersuppe, jede schwache Bouillon, ebenso Saucen, Gemüse und Salate erhalten augenblicklich unvergleichlich feinen, kräftigen Wohlgeschmack durch Zusatz einiger Tropfen MAGGI'S Würze. Verwendungsanleitung befindet sich bei jeder Originalflasche. — Probenfläschchen 10 Pfg. (1029)

„MAGGI'S gute, sparsame Küche.“

Komitee- und
Kommissionssitzungen

Jugend-Ausschuss.
Mittwoch, den 12. Februar
abends 8 Uhr
Sitzung
im Parteisekretariat.

D. T. V.
Vorstands-Sitzung
am Mittwoch, d. 12. Februar
abends 8 1/2 Uhr
Der Vorstand.

Nach der vielen Gratulationen und Geschenken zu unserer Hochzeit danken wir herzlich
H. Roggmann und Frau
Luise, geb. Saß.

Nach kurzer Krankheit verchieden am 6. Februar d. J. unter langjähriger Gabe der bekannten Jugendmann
Johann Schöning.
Rob. Pinkert, Gasthof Transvaal, Schwartau.

Die Beerdigung findet am Mittwoch abends 1 1/2 Uhr vom Sterbehause aus statt.
Allen denen, die uns trauern helfen
Wilhelm Konert

Die letzte Ehre erweisen und seinen Sarg so reich mit Kränzen schmücken, insbesondere Herrn Hauswart Herr Gons für seine netten Worte und seinen herzlichsten Dank.
Die trauernden Hinterbliebenen.
Danksagung.
Für zahlreiche Kranzsendungen und Beileidsbekundungen bei der Beerdigung unserer lieben Marie danken herzlich
Die Hinterbliebenen
M. Sturm u. Frau
nebst Kinder.

Manerlehrling gesucht.
Vergl. Anzeig. Nr. 14
Sehr guterh. Kleidungsstücke

5 Masken-Anzüge
zu verleihen. (1034)
Kantfeld, Pariser Straße 18.
Max Stein, Maler
Geverdesstraße 5
empfiehlt sich zur Ausführung sämtlicher Malerarbeiten.
Sauber und billig. (1020)

Visitkarten
— ff. Elfenbeinkarton —
100 Stück von Mk. 1.— an liefert

Die Buchdruckerei des Lübecker Volksboten :
Johannisstraße 46.

Holsten-Meierei
Fernruf 2336 Wiedische. 44
empfiehlt alle Meiereiprodukte in bekannter Güte.
Geschäfte, welche **Niederlagen** übernehmen wollen, werden gebeten, sich zu melden. (185)



Regoda

Gegen Gutscheine bis Ende 1913 auf 20 Pfg. 1 ff. Double- oder goldplattierte Damen-Uhrkette
22) HSW.
Schumann u. Wills, Wittenberge.

Lebende Brachsen und blutfrische Seefische
Herm. Plötner
Schwartau
Lübecker Straße 17. (1036)

Leere Farbtonnen
vorrätig.
Expedition d. „Lüb. Volksboten“.

Meierei Schwartau
Inh.: Ph. Eitel — Fernspr. 2144
liefert Vollmilch und Milchprodukte aller Art in bester Qualität. (368)

Deutscher Metallarbeiterverband
Verwaltungsstelle Lübeck.

Einladung
zum
Ball der Schmiede
am Sonntag, dem 16. Februar
im **Gewerkschaftshaus**
Johannisstraße 50—52.
Anfang 6 Uhr. Ende 2 Uhr.
Eintrittspreis 50 Pfg., eine Dame frei, einz. Dame 20 Pfg., wofür Garderobe.
909) **Das Komitee.**

NB. Sämtliche Mitglieder des Metallarbeiter-Verbandes werden hiermit freundlichst eingeladen.

50 schicke Damen-Masken-Kopf, billig zu vermieten. (1019)
Breite Straße 24, part. Hängel.
Abreisenden aufbewahrt u. nachgekauft werden Gegenstände aller Art, als: Mobilien, Koffer etc. im Lagerhaus u. Expeditionsgeschäft Fühgerstr. 52. (184)

Verband der Brauerei- u. Mühlenarbeiter u. v. Ber.
Zahlstelle Lübeck.

Mitglieder-Versammlung
am Donnerstag, 13. Februar
abends 8 1/2 Uhr
im „Gewerkschaftshaus“
Johannisstraße 50—52.
Tagesordnung wird in der Versammlung bekannt gegeben.
Um zahlreiches Erscheinen ersucht
Der Vorstand. (1025)

Weine, Spirituosen u. Liköre
in jeder Preislage empfiehlt
J. H. Stooß, Engelsgrube. (183)

Verband der Fabrikarbeiter Deutschl.
Zahlstelle Lübeck.

Mitglieder-Versammlung
am Mittwoch, dem 12. Februar
abends 8 1/2 Uhr
im „Gewerkschaftshaus“
Johannisstr. 50—52.
Tages-Ordnung:
1. Aufnahme neuer Mitglieder.
2. Bericht von der Generalversammlung.
3. Verschiedenes.
Um zahlreiches Erscheinen ersucht
Die Ortsverwaltung. (1027)

Naturfreunde.
Versammlung
am Mittwoch, 12. Februar
abends 8 1/2 Uhr
im „Gewerkschaftshaus“
Johannisstraße 50—52.
Tagesordnung:
1. Berichte über Eingänge.
2. Delegiertenwahl zum Gantag
3. Reisekasse.
4. Tourenbesprechung.
Der Vorstand. (1025)

Hansatheater
Heute und folgende Tage:
Anfang 8 1/4 Uhr. (1038)
Rund um die Alster
mit Gebrüder Wolf.
(Die Vorstell. ist 11¹⁰ U. beend.)
Vorverkauf bei Sager (Kohlmarkt) bis 5 Uhr.
Kassenöffnung 7 1/4 Uhr.

Nach d. Vorstellung ab 11 Uhr:
Kabarett Karnevalstimmung
Neues Programm.

Neues Stadttheater.
Mittwoch, den 12. Februar 1913.
Anfang 8 Uhr. Ende gegen 10 Uhr.
Außer Abonnement. Mittelpreis. Neuheit! Neuheit!
Die Sprache der Vögel.
Komödie von Adolf Paul.
Donnerstag, den 13. Februar 1913.
Anfang 6 Uhr. Ende gegen 11 Uhr.
4. Vorst. i. Sondersabonnement.
125. Vorst. i. Vollabonnement.
21. Vorst. im Donnerstag-Abon.
Der Ring des Nibelungen.
4. Tag.

Die Götterdämmerung.
Hagen . . . Carl Giesen v. Stadttheater in Gdm.
Erhöhte Preise. (1030)
In Vorbereitung: **Sammelfundenten.** Poise von Pohl und Wilden. **Fra Diavolo.** Von Huber. **Frau Juntas Antrene.** Von Otto Antyges.